

Alzat

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine



Nummer 8 - 7. Jahrgang

Berlin, 15. April 1926

„Sarre-territory in Europa“.

Saarländische Glossen von G. Halle.

Man glaubt gewöhnlich, daß gewisse Schnurrigkeiten, kleinliches, schikanöses Verhalten und eine komisch anmutende Vielgeschäftigkeit in kleinen Nebendingen nur im Kleinbürgerleben Spitzwegischer Art zu Hause seien, und daß es da, wo es sich um Menschen- und Völkerchicksale handelt, nur großzügig zugehe und alles von den idealen Gesichtspunkten des Rechtes und der Gerechtigkeit geleitet werde. Die Jahre nach dem großen Kriege haben es uns anders gelehrt.

Besonders wir Saarländer haben neben den Brüdern im besetzten Gebiet so vieles erlebt, seitdem französisches Wesen mit der glorreichen, vom Völkerbund garantierten Regierung Rault hier Gastrolle gibt, daß wir gar manches darüber zu erzählen wissen. Einst, als Monsieur Rault seinen Einzug bei uns hielt, wurde uns mit der üblichen französischen Selbstbeweihräucherung gar manches von herrlichen Zeiten erzählt, denen wir entgegengeführt würden. Niemand glaubte es ja, denn wir wußten, daß wir von diesem Trarageschmetter 99 Prozent abzuziehen hatten und daß Schikanieren ein französisches Wort und eine besondere französische Kunstfertigkeit ist. Die wenigen unverbesserlichen Optimisten wurden bald eines Besseren belehrt, als ein „hellschen forsches Regieren“ (wie weiland Dorchläüting von Medlenborg) begann, in dem französisch Trumpf war, und das Saargebiet nichts anderes als der Hahn am Faz, durch den man den Boches recht viel abzapfen konnte. Wir denken noch mit Zorn an all die Parasiten, die mit einem Gummikragen und viel Parfüm versehen zu uns kamen und dann mit Möbelwagen voll Gütern das Land wieder westwärts verließen. Welche Unsummen da aus dem Lande geschleppt wurden, entzieht sich jeder Berechnung. Schon das ganze Regierungssystem, bestehend aus fünf Ministern und einem Heer von Beamten mit meist sehr stolzen Titeln und Gehältern, ist Verschwendung. Früher besorgte das alles der Regierungspräsident von Trier mit drei Landräten schneller und besser. Früher kostete die Verwaltung unserer Saarheimat nicht so viele Tausend wie sie heute Millionen kostet. Und der ganze Unsinn hatte den Sinn, Frankreich zu reicher Beute zu helfen, — wenn nicht der treudeutsche Sinn dieses Landes einen Riegel vorgeschoben hätte.

Doch ausgegeben hat Frankreich seine Hoffnungen noch nicht ganz. Es versucht es nun mit der Pénétration pacifique, oder besser gesagt, mit Umwegen. Man versucht den treudeutschen Sinn der Saarbevölkerung durch allerlei Mätzchen einzulullen und den fremden Ländern gegenüber das Saargebiet so allmählich aus dem Verband des Deutschen Reiches verschwinden zu lassen. Da fliegt mir gerade, als ich diesen Aussatz beginnen will, ein Brief aus Amerika ins Haus, der mich veranlaßte, die eigentümliche Ueberschrift oben hinzusezen. Dieser Brief trug die Anschrift: „Sarreterritory in Europa“. Wie die Absenderin, eine heimattreue Saarländerin, die in Amerika eifrig für die deutsche Sache tätig ist, schreibt, röhrt diese eigenartige Anschrift daher, daß eine frühere Sendung mit der Auf-

schrift: „Saarbrücken in Deutschland“ zurückkam mit der Forderung, die Anschrift in der angegebenen eigenartigen Weise zu ändern. Wenn man nun weiß, daß unsere saarländische Post nach Amerika über Frankreich geleitet wird, dann wundert man sich nicht, auch nicht darüber, daß gar manche Briefe zu denen gehören, „die ihn nicht erreichen“. Über derartige Hanswurstereien schlütteln wir aber lachend den Kopf und freuen uns des Beweises, daß Tartarin de Tarascon noch lebt. Ja, er lebt und regiert sogar.

Noch einiges von seinen Wunderlichkeiten: Die Post hat es ihm angetan. Sie, die Völker und Menschen verbinden soll, ist doch ein zu schönes Mittel, das Gegenteil zu befördern. Also flugs mal hier regiert! Die Freimarken mit deutlichem Bild und deutscher Währung sind gefährlich. Also gibt es neue, von den ber..... „Sarre“-Marken an bis zu den minderwertigen Pariser Machwerken von heute. Und dann die Mützen und Uniformen der Postbeamten! Die erinnerten doch in Form und Farbe an die verfl..... Preußen. Also flott geändert! Englisch-amerikanische Tellerform. Daselbe bei Eisenbahn und Schuhmannschaft, und das „Sarreterritory in Europa“ war wieder mal gerettet, wie es schon so manchesmal durch Spitzel, Ausweisungen und Notverordnungen gerettet wurde.

Was der Zweck der Uebung ist, liegt klar auf der Hand: Vergessen sollten wir, was unsere Sehnsucht und unser Wesen ist. Erklären kann man sich ein solches Verfahren von Ungehörigen eines solchen Volkes, das selbst ein hochgespanntes Nationalgefühl hat, nur dadurch, daß die liebe Eitelkeit und Eroberungsgier den Blick für anderes so gebendet hat, daß man die Gejinnung der landesverräterischen Kreaturen, die sich um des schändlichen Mammons willen schmeichlerisch an die neuen „treuhänderischen“ Herren im Lande herandrängten, für echt nahm und von ihnen auf die anderen Saarländer schloß. Doch gerade das Gegenteil wurde erreicht; die durch so vieles aufgedrungenen Vergleiche sielen immer zugunsten des deutschen Vaterlandes aus. Man redete dabei immer von einer bezahlten Propaganda des Deutschen Heimatdienstes im Saargebiet, indem man von den eigenen Taten, die Frankreich Unsummen von Bestechungs-, Spitzel- und anderen Propagandageldern kosteten, auf die anderen schloß. Das hat Deutschland im Saargebiet nicht nötig, denn jeder Mann und jede Frau und jedes Kind steht hier im deutschen Heimatdienst und zwar unentgeltlich, weil sie nicht anders können, weil Heimatliebe und Pflichtgefühl sie dazu treibt. Ueberhaupt treibt niemand so tüchtig deutsche Propaganda bei uns, als die Regierungskommission sie unter

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 4, Jahrgang 2,
der „Saarheimatbilder“ bei.

Raults Leitung getrieben hat, als Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft! Wieviel nützlicher hätten alle Kräfte und Gelder, die für solche Kinderlädchen verteilt wurden, für wertvollere Sachen, als da sind ausreichende Entlohnung von Arbeitern und Beamten, Linderung der Wohnungsnot durch Abschieben aller überflüssigen westlichen Einwanderer und den vertragswidrigen Militärs, Hebung von Handel und Wandel durch Belebung der Zollgrenze nach Deutschland, angespannt werden können.

Doch sowas paßt sich nicht für das „Saarterritory in Europa“. Für das ist es viel besser, wenn es nun zum zweiten Male den Inflationsjammer mit dem französischen Franken mitmacht und bei Marktzahlungen bei der Post, die in Franken erfolgen müssen, von Staats wegen geprellt wird, indem die Post stets einen höheren Wechselkurs als die Banken zugrunde legt. Wozu haben wir auch nötig, Zeitungen, Bücher u. a. aus Deutschland zu beziehen? Die französischen Waren sind ja so vorzüglich. Dafür ein erheiterndes Beispiel: Wir kauften notgedrungen Strümpfe westlicher Herkunft. Sie waren schön braun. Nach der ersten Wäsche waren sie hell-blau-grün. Das paßte ganz gut zu den Studien die wir machen konnten, als im Herbst 1919 hier eine französisch-saarländische Ausstellung veranstaltet wurde. Wir haben sie uns angesehen und freuten uns in jeder Abteilung über unsere Kaufmannschaft und Industrie. In der saarländischen Abteilung war alles tadellos sauber und geschmackvoll angeordnet, den Ausstellungsgegenständen sah man ihre Gediegenheit ohne weiteres an, in der französischen Abteilung fiel sofort die saloppe Aufmachung auf, die Waren, ausgerechnet Lebensmittel, angezogen. Das konnten auch nicht die überall angebrachten blau-weiß-roten Bändchen verhüllen. Nur die Mode und die Parfümerieabteilung sah besser aus, schien uns aber mehr für Pariser Kolotten als für deutsche Frauen geeignet zu sein.

Überhaupt kann man hier so seine Beobachtungen machen, wie allen immer mehr der Unterschied zwischen deutscher Kultur und französischer Culture zu Bewußtsein kommt. Dazu nur noch ein kleines Bildchen: Mokgens um 8.17 Uhr geht von hier der Schnellzug nach Frankfurt a. M. Er kommt von Paris und besteht aus französischen Wagen. Sie sind meistens fast leer, aber keiner, der Bescheid weiß, steigt in diese Wagen ein. Man wartet geduldig, bis der deutsche Wagen angehängt wird, und sitzt dort lieber etwas

gedrängt, als daß man in die meist recht unappetitlichen französischen Wagen steigt. Auch bei den anderen Zügen, die aus Sarreguemines (so hat man sinnlos das deutsche Saargemünd verballhornt) kommen, kann man ähnliches sehen und gar manche derbe Neuherung über französische Reinlichkeit hören. Und dabei gibt es Leute, die so stolz von „sales boches“ reden.

„Saarterritory in Europa“ — so mancher scheint auch im deutschen Vaterlande nicht zu wissen, daß das Sargebiet ur-altes deutsches Land ist. Könnten sonst immer wieder Briefe von dorther — sogar aus Berlin! — kommen mit der Aufschrift: Saarbrücken in Lothringen und mit Auslandspost freigemacht? Bei solcher, wie es scheint, unausrottbaren Unkenntnis braucht man sich wirklich nicht zu verwundern, wenn Herr Ford aus Amerika seine Automobile in hiesigen Zeitungen in französischer Aufmachung und oft recht französisch Klingendem Deutsch anpreist. Wundern muß man sich aber auch, wenn gut deutschgesinnte Zeitungen Anzeigen in französischer Sprache aufnehmen und damit die Erbschaft des selig (zu unserer Seligkeit!) entzlaufenen „Nouveau courrier de la Sarre“ antreten. Oder sollte bei diesem Verfahren die Absicht mitspielen, deutschen Lesern dadurch ein Zeichen zu geben: Hütet euch, das ist nichts für gute Deutsche!

Doch genug davon für heute. Es ließe sich ja noch so viel erzählen. Wir wollen uns aber noch einiges für später aufheben.

Raults Regierung neigt sich ihrem Ende entgegen; er geht mit einer netten pécule aus den Taschen der saarländischen Steuerzahler nach Hause und mit dem Bewußtsein, das Gegenteil von dem erreicht zu haben, was er erstrebt. Herr Stephens, sein Nachfolger, wird von uns mit größerem Vertrauen aufgenommen. Sein Name und sein Wesen muten uns stammverwandt an, und seine Kenntnis der deutschen Sprache verhindert, daß er wie Monsieur Rault, für uns hinter einer unübersteigbaren chinesischen Mauer sitzt. Auch haben wir das Vertrauen zu ihm, daß er sein Amt mit dem Bewußtsein verwaltet, daß das Sargebiet deutsches Land ist, dem Völkerbund „zu treuen Händen“ anvertraut, bis die hoffentlich nicht mehr zu ferne Stunde schlägt, in der es, einst durch Trug und Gewalt vom deutschen Vaterlande getrennt, zurückkehren darf zu dem heiligen Ziel seiner Sehnsucht und treuen Opfer.

Englisch-französische Kompromiß-Politik an der Saar.

In unserer letzten Ausgabe haben wir über die Neuernennung der Saarregierung durch den Völkerbundsrat unserer Befürchtung dahin Ausdruck gegeben, daß Herr Stephens als französisch-englischer Kompromißkandidat sich auf eine Politik habe verpflichten müssen, die nicht in Genf, sondern in Paris bestimmt würde. Als Gradmesser für eine eventuelle Neuorientierung der Saarpolitik des Völkerbundes bezeichneten wir die Art der Neuverteilung der Arbeitsgebiete innerhalb der Regierungskommission. Auf jeden Fall verhielten wir uns in der Beurteilung des durch den neuen Saarpräsidenten zu erwartenden politischen Kurses in jeder Beziehung zurückhaltend. Diese Zurückhaltung, die Zurückdämmung gar zu weit gespannter Hoffnungen war, wie sich schon am ersten Tage der neuen Saarregierung ergab, nur zu sehr am Platze. Mit der ersten Handlung der neuernannten Kommission hat sich bereits gezeigt, daß Frankreich auch in Zukunft die Maßnahmen der Saarregierung beherrschen wird. Herr Stephens als Nachfolger Herrn Raults wird nicht in der Lage sein, eine neutrale Regierungsweise an der Saar durchzusetzen, da die frankophile Mehrheit der Saarregierung deren Arbeiten, deren Politik bestimmen wird wie bisher. Die Saarregierung wird bleiben was sie bisher war, eine Sachwalterin französischer Interessen, eine Schützerin französischer Saarpolitik.

Ist dieses schnelle Urteil berechtigt? Leider kann man gar nicht von einem Urteil, sondern muß von einer feststehenden Tatsache sprechen. Nach einer Bekanntmachung der Regierungskommission im Amtsblatt hat diese in erster Sitzung vom 1. April über die Regierungsbeschlüsse der einzelnen Mitglieder der Regierungskommission beschlossen:

Es sind zuständig:

Herr Präsident G. W. Stephens für
Innere und Auswärtige Angelegenheiten.

Herr Kohmann für
Arbeitswesen,
Sozialversicherung,
Versorgungswesen,
Volkswirtschaft,
Gesundheitswesen,
Landwirtschaft und Forsten,

Herr Lambert für
öffentliche Arbeiten,
Eisenbahnwesen,
Post-, Telegraphen- und Telephonwesen.

Herr Morize für
Finanzen,
Wirtschaftliche Angelegenheiten,
Oberbergamt.

Herr Bezenly für
Justiz, Kultus und Schulwesen.

erner hat die Regierungskommission in der gleichen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär der Regierungskommission, Pierrot, mit Wirkung vom 1. April 1926, zum Generalsekretär der Regierungskommission des Saargebiets ernannt und die Wirtschaftlichen Angelegenheiten, die bisher vom Generalsekretär der Saarregierung bearbeitet wurden, hat man der Zuständigkeit des Herrn Morize unterstellt.

Aus dieser Tatsache ergibt sich eine Bestätigung unserer Befürchtungen, daß die Neuverteilung der Regierungsbeschlüsse dor-

einzelnen Mitglieder der Saarregierung lediglich zugunsten des französischen Mitgliedes Morize vorgenommen werden würde. Herr Stephans hat sich lediglich die inneren und äußeren Angelegenheiten vorbehalten. Damit ist zwar ein Teil der bisher von Herrn Rault innegehabten Befugnisse auf Herrn Stephens übergegangen, er hat aber das Finanzressort abgegeben und Herrn Morize übertragen. Sieht man sich heute die Verteilung der Regierungsbesugnisse auf die einzelnen Mitglieder der Regierungskommission genauer an, so ergibt sich bereits mit aller Deutlichkeit die Umstellung der französischen saarpolitischen Methoden. Man hat von einer allgemein-politischen Durchdringung des Saargebiets mit westlicher Tendenz als völlig aussichtslos Abstand genommen und sich lediglich auf die wirtschaftspolitische Beeinflussung und Ausbeutung des Saargebiets beschränkt. Durch die Übertragung der Finanzen, der Wirtschaftlichen Angelegenheiten und des Oberbergamts auf Herrn Morize kommt nunmehr ganz deutlich zum Ausdruck, daß Frankreich seine Ziele an der Saar nunmehr auf wirtschaftlichem Wege zu erreichen trachtet. Schon im Juni vor J. stellte der Pariser „Temps“ in einem längeren Aufsatz über die französische Grubenverwaltung fest, daß „Frankreich Herr der Gruben und Zölle im Saargebiet“ sei. Aus einem Briefwechsel, der im Herbst 1920 zwischen dem französischen Finanzminister und dem französischen Ministerpräsidenten geführt worden ist, ergibt sich, daß die französische Regierung auf Grund eines Eruchens des Herrn Rault einen Beamten des französischen Finanzministeriums nach Saarbrücken entsandte, der keine andere Aufgabe hatte, als alle finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen des Saargebiets daraufhin zu prüfen, ob sie im wirtschaftlichen oder politischen Interesse Frankreichs liegen. Es handelt sich um den französischen Finanzinspektor Labie, der mit ganz bestimmten Ausgaben und Vollmachten der französischen Regierung versehen ist. Dieser Herr Labie, der nicht der Saarregierung verpflichtet, sondern allein der französischen Regierung gegenüber verantwortlich ist, stellt gleichzeitig den offiziellen Vertreter Frankreichs im Saargebiet dar, um alle Vorgänge, vor allem wirtschaftspolitischer Art, zu verfolgen und regelmäßig nach Paris zu berichten. Er hat den direkten Auftrag, keine wirtschafts- oder steuerpolitischen Maßnahmen zuzulassen, die sich mit dem französischen Interesse nicht vereinbaren.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache gewinnt die Arbeitsverteilung innerhalb der Saarregierung ein ganz anderes Gesicht, wenn in Zukunft auch der politische Vertreter Frankreichs in der Saarregierung alle Fragen der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik innerhalb der Saarregierung bearbeitet. Mit Herrn Labie wird Herr Morize in Zukunft immer in erster Linie das wirtschaftliche und politische Interesse Frankreichs prüfen, um die von der Saarregierung zu erlassenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu veranlassen. Es ist danach vorauszusehen, daß die ungerechte Steuerpolitik, wie sie unter Herrn Rault zugunsten des französischen Grubensistus durchgeführt wurde, auch in Zukunft weiter bestehen bleibt. Die französischen Saargruben werden wie bisher nur einen Bruchteil der im Saargebiet erhobenen Steuern aufbringen, während die Hauptlast der Saargebietebevölkerung zufällt. Die soeben in Frankreich beschlossenen neuen Steuergesetze werden beschleunigt auch im Saargebiet zur Durchführung kommen. Das bedeutet eine ungehene Belastung des gesamten Wirtschaftslebens und vor allem der saarländischen Konsumenten. Die Saargruben werden weiter wie bisher nahezu steuerfrei bleiben, während die Lasten, die durch den französischen Grubenbetrieb entstehen, weiter auf die deutsche Saargebietebevölkerung abgewälzt werden.

Hinzu kommt, daß dem Herrn Morize nicht nur die Regelung des ungehener wichtigen Finanzwesens — die bisher zu den Obliegenheiten des jetzigen Präsidenten gehörte — übertragen wurde, sondern daß ihm auch das Bergwesen in allen seinen Zweigen unterstellt worden ist. Dies hat namentlich bei der gesamten Bergarbeiterchaft besonders deswegen sehr viel böses Blut hervorgerufen, weil die Saargruben dem französischen Staat gehören und ihre zu 99 Proz. deutsche Belegschaft bisher schon so gut wie rechtlos war bei Streitigkeiten, die sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis oder aus dem Arbeitserrecht ergaben. In den Kreisen der Arbeiterschaft sieht man in der Zuteilung der oberbergamtlichen Befugnisse zum Aufgabengebiet des französischen Regierungsmitgliedes eine offensichtliche Bevorzugung Frankreichs, dessen wirtschaftliche Interessen als Eigentümer der Gruben

höher bewertet werden sind als das Wohl und Wehe der rund 70 000 Mann starken deutschen Belegschaft.

Herr Morize wurde, wie erwähnt, auch mit der Regelung der gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten betraut. In seiner Hand liegen demnach das Finanzwesen, die Oberbergamtlichen Befugnisse und das Wirtschaftswesen. Damit hat Herr Morize den denkbar größten Einfluß auf die gesamte Saarwirtschaft erhalten. Sonst bringt die Amtsverteilung keine nennenswerten Änderungen, und man darf wohl mit Recht sagen, daß Frankreich alle Ursache hat, mit der Neuregelung sehr zufrieden zu sein.

Herr Lambert ist geblieben; ihm sind die öffentlichen Arbeiten, das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen wieder übertragen worden. Die Verkehrstatistikpolitik des Herrn Lambert, die ebenfalls unter besonderer Berücksichtigung der französischen Wirtschaftsinteressen verfolgt worden ist, wird auch in Zukunft beibehalten, so daß also in der Bevorzugung der französischen verkehrstatistischen Interessen vor der Hand auch in Zukunft keinerlei Wechsel eintrete. Herr Dr. Bezensky behält ebenfalls seine alten Befugnisse; nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht damit zu rechnen, daß er die bisher betretenen Pfade verläßt, um im Sinne einer neutralen Verwaltung sich einzulegen.

Herr Kochmann als saarländisches Mitglied hat man wieder die Verantwortung für die sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen des Saargebiets übertragen. Man geht hierbei weiterhin von dem Grundgedanken aus, daß man nach anhängerlich Herrn Kochmann für die ungenügende Regelung des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, der Volkswirtschaft usw. verantwortlich macht, ihm aber, da er sich regelmäßig in der Minderheit befinden muß, innerhalb der Saarregierung keinerlei Möglichkeit gibt, eine Regelung durchzuführen, die den Wünschen der Arbeiterschaft, dem Recht der Billigkeit und den sozialen Forderungen gerecht wird.

Beondere Enttäuschung hat in weiten Kreisen der Bevölkerung die Ernennung des Franzosen Pierrotet zum Generalsekretär der Saarregierung ausgelöst. Zwar versucht man, als man die Erregung innerhalb der Bevölkerung erkannte, die Auffassung zu verbreiten, daß seine Ernennung nicht endgültig sei und es auch fraglich wäre, ob die Generalsekretärsstelle in der bisherigen Weise beibehalten würde. Es scheint fast, als ob diese Gerüchte zur Beschwichtigung der Bevölkerung dienen sollen; denn Tatsache ist, daß im gleichen Amtsblatt, in dem die Amtsverteilung der Regierungskommission bekanntgegeben wurde, auch die Ernennung Pierrotets zum Generalsekretär steht, und daß seine Wahl bei der Bevölkerung besonders viel Unmut hervorgerufen hat. Nicht seiner Person wegen, sondern weil er Franzose ist und man Ansatz hatte, eher alles andere vom Präsidenten Stephens zu erwarten, als die Ernennung eines Franzosen zum Generalsekretär. Fast allenthalben herrschte die Ansicht vor, daß Herr Stephens hierfür einen Saarländer nehmen werde, zum mindestens aber keinen Franzosen. Tatsächlich hat die Ernennung des Herrn P. daher das Vertrauen zum Präsidenten bereits stark erschüttert, und zwar auch in den Kreisen, die recht große Hoffnung auf ihn gesetzt hatten.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann nicht bestritten werden, daß mit der Neuerennung der Saarregierung, mit der Ersetzung Raults durch Herrn Stephens eine Verschlechterung der politischen, wirtschaftlichen und Rechtsverhältnisse an der Saar eingetreten ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich in eine Abberufung Herrn Raults erst eingewilligt hat, nachdem Frankreich die Sicherung gegeben worden ist, daß der französische Einfluß in der Saarregierung nicht vermindert wird. In dieser Auffassung wird man durch eine Aussage des „Petit Parisien“ bestärkt, der einem längeren Aufsatz, gleichmäßt mit dem Bild des Herrn Rault, das ganze Saarproblem vom französischen Gesichtspunkt aus behandelt. Darin wird über den Rücktritt Raults in sehr bezeichnender Weise u. a. folgendes gesagt:

„Frankreich hat deshalb keine Angst in der Regierungskommission verzichtet, den jetzt der Kanadier Stephens inne hat, damit die Saarbevölkerung sich nicht unter der Vormundschaft Frankreichs fühlt und daher endlich die Beibehaltung des derzeitigen Regimes wünscht.“

Aus den weiteren Ausführungen des Pariser Blattes geht im übrigen hervor, daß tatsächlich Frankreich seine Saar

Bestreitungen noch nicht ausgegeben hat, sondern „ein weniger ehrgeiziges der Geschichte und den Wünschen der Saargebietbevölkerung rechnungstragendes Programm entwideln“ will. Man will also die Methoden ändern, das Ziel aber, das eingestandenermaßen noch immer auf Abgliederung des Saargebietes von Deutschland abzielt, weiter verfolgen.

Trotzdem handelt es sich zunächst gar nicht so um eine aktuelle politische Frage. Was Herrn Rault und seinem französischen Propagandastab unter Anwendung unglaublicher Verwaltungs- und Korruptionsmethoden nicht gelungen ist, nämlich die Saargebietbevölkerung in ihrer Treue zum Deutschtum irre zu machen, das wird auch der Regierung Stephens mit Herrn Morize unter veränderten Verhältnissen nicht gelingen. Aber eines ist zu befürchten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar werden durch die neuerdings verfolgte Taktik eine Verschärfung erfahren, der man nicht ohne Besorgnis entgegensehen kann. In saardeutschen Wirtschaftskreisen hat man zwar die Hoffnung, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch die zollpolitischen Fragen des Saargebietes regeln werden, so daß eine klare Lage geschaffen wird. Wenn heute diese Wirtschaftslage ohne Berücksichtigung der sozialen Lage der Arbeiterschaft als nicht gerade ungünstig angesehen werden kann, so doch nur dadurch, daß das Deutsche Reich durch die nun schon seit zehn Monaten gewährten Zollstundungen der Saarindustrie erleichterte Produktions- und Absatzmöglichkeiten geschaffen hat. Von französischer Seite ist zur Erleichterung der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet nicht das geringste geschehen. Wenn Frankreich sich in den schwedenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nicht zu bestimmten Zugeständnissen in der Saarzollfrage bereitfinden lassen sollte, dann ist nicht zu übersehen, welche Konsequenzen sich daraus für das Saargebiet ergeben müssen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, muß man neverdings zu der Überzeugung kommen, daß weder Frankreich noch England willens sind, im Saargebiet den Geist eines wahren Völkerbundes, den Geist von Locarno sich entwideln zu lassen. Jedenfalls haben die ersten Amtshandlungen der neuen Saarregierung im ganzen Saargebiet bitter enttäuscht. Die Bevölkerung erwartete ziemlich allgemein, daß mit den Änderungen in erster Linie die bisherige gänzlich unberichtigte französische Bevorzugung aufhöre und eine den Verhältnissen und Bedürfnissen des Saargebietes Rechnung tragende Regelung erfolgen werde. Anregungen hierfür wurden auch in aller Deßentlichkeit gegeben. Was aber jetzt geschehen ist, wird fast allgemein an der Saar als Herausforderung der Bevölkerung empfunden, die die Bevölkerung nicht ohne weiteres wird hinnehmen können und wollen.

Wenn aber auch diese Enttäuschung bei sehr vielen auch größer als je ist, besonders weil sie nicht zuletzt auf den neuen Präsidenten zurückfällt, so wird sich die Bevölkerung doch nicht mutlos machen lassen, sondern in ruhiger, sachlicher aber um so entschiedener Weise weiter für die Beseitigung des ihr angetanen Unrechts kämpfen. Sollte dieser Kampf sich auch gegen Herrn Stephens richten müssen, so würde sie dies sehr bedauern. Aber es wäre nicht ihre Schuld, sondern der neue Präsident hätte sich dies selbst zuzuschreiben. An ihm liegt es, dafür zu sorgen, daß die Bevorzugung der Franzosen endlich aufhört und die berechtigten Wünsche der Bevölkerung nun mehr baldigst Berücksichtigung finden.

Das Saargebiet ein großes Armenhaus.

Die Saargebietbevölkerung lehnt die neue Steuerpolitik der Saarregierung ab.

Über das Steuerwesen im Saargebiet ist im § 26 des Saarstatuts bestimmt worden, daß die Saarregierung allein das Recht hat, im Bereich des Saarbedens Steuern und Abgaben zu erheben. Diese Steuern und Abgaben sind ausschließlich für die Bedürfnisse des Gebiets zu verwenden. Das Steuersystem, das am 11. November 1918 bestand, sollte beibehalten werden. Abgesehen von Zöllen darf keine neue Abgabe ohne vorherige Bevragung der gewählten Vertreter der Bevölkerung erhoben werden. § 31 des Statuts reicht das Saarbeden in das französische Zollsystem ein. Der Ertrag der Zölle muß bestimmungsmäßig nach Abschluß aller Erhebungsosten in den Haushalt dieses Gebietes eingestellt werden.

Danach besteht Klarheit darüber, daß zwischen Zöllen und Steuern scharf zu unterscheiden ist. Die Einordnung des Saargebietes in das französische Zollsystem hat und darf keinerlei Einfluß haben auf die Gestaltung des Steuerwesens, das nach § 26 wie erwähnt, seinen bisherigen Charakter beibehalten sollte. Wie bei allen andern Bestimmungen, so hat auch hier die Saarregierung sie wortgetreu nur in Anwendung gebracht, wenn sie Pflichten der Saargebietbevölkerung enthielten, hat sie mißachtet, wenn es im wirtschaftlichen oder politischen Interesse Frankreichs lag. Die Tendenz der Raultschen Politik im Saargebiet in der Frage des saarländischen Steuerwesens ließ darauf hinaus, mit dem französischen Zollsystem im Saargebiet einzuführen. Das ist ihm bisher gelungen und es scheint, daß auch nach der Neugestaltung der Saarregierung die Französerung des saarländischen Steuerwesens fortgeführt werden soll. Nachdem man mühselos die französische Frankenwährung unter Bruch der Saarstatutsbestimmungen eingeführt, die zollpolitische Abstimmung bestimmungsgemäß — wenn auch zum Schaden des Saargebietes — durchgeführt hat, nachdem von vornherein die Französerung der Saar-Industrie fast restlos gelungen ist, geht man jetzt dazu über, systematisch die französische Steuerpolitik auch auf das Saargebiet zu übertragen. Wiederum bestimmungswidrig, wiederum zum Schaden der Saargebietbevölkerung. Mitte März wurde bekannt, daß die Saarregierung den Entwurf einer Verordnung für die Abänderung der Umsatzsteuerverordnung vom 8. Dezember 1923 vorbereitet hatte, der vorsieht,

1. eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 1,1 Prozent auf 1,3 Prozent. (Dabei sollen Geschäfte, die sich auf den Handel mit Schlachtvieh beziehen, von der allgemeinen Umsatzsteuer gegen Einführung einer Schlachtgebühr befreit werden. Außerdem soll Gefrierfleisch von der allgemeinen Umsatzsteuer befreit sein.)

2. eine Erhöhung der erhöhten Umsatzsteuer (Luxussteuer) von 10 Prozent auf 12 Prozent;
3. Die Einführung einer neuen Luxussteuerliste, die im wesentlichen mit der französischen Luxussteuerliste übereinstimmt.

Der Entwurf hat also in diesem Falle die Einführung der französischen Steuergesetzgebung nach den neuesten Beschlüssen der französischen Regierung im Auge. Wir fürchten, daß der Saarregierung die Unterhöhlung des saarländischen Steuerwesens bereits soweit gelungen ist, daß seine restlose Erziehung durch die französische Steuerpolitik kaum noch aufzuhalten ist. Zwar hat sich nach Bekanntwerden der Steuerpläne der Saarregierung in der gesamten Saargebietbevölkerung ein Sturm der Entrüstung erhoben, und alle in Frage kommenden Wirtschaftsfaktoren haben mit Nachdruck gegen diese Steuerpolitik Einspruch erhoben. Ob sich aber die Saarregierung allzu stark um diese Proteste kümmern wird? Herr Labbie, der Finanz- und Steuerdiktator des Saargebietes, wird auftragsgemäß bei der Saarregierung intervenieren und diese mit Unterstützung des Herrn Morize dazu zwingen, daß Frankreichs Wille geschehe.

Am 24. März beschloß sich eine vom Schutzverein für Handel und Gewerbe e. V. im Saargebiet einberufene Protestversammlung mit diesen Steuerplänen der Saarregierung. Grundsätzlich wurde dabei festgehalten, daß die Saarregierung auch heute noch niemanden Einblick in ihren Haushalt tun läßt, so daß eine Kontrolle darüber, welche Einnahmen erzielt werden, wie sie sich zusammensehen, woher sie kommen und wie sie verwendet werden, nicht möglich ist. Der oben erwähnte § 26 des Saarstatuts läßt keinen Zweifel darüber, daß die Saarregierung verpflichtet ist, den gewählten Vertretern der Bevölkerung Einblick in die Finanzierung der Saarregierung zu gewähren. Das hat sie bisher aus durchsichtigen Gründen abgelehnt, indem sie erklärte, sie sei nicht der Bevölkerung, sondern allein dem Völkerbund verantwortlich. In Wirklichkeit dürfte sie eine Einsichtnahme in den Haushalt, besonders über die Verwendung der Gelder, deshalb abgelehnt haben, weil diese zum Teil für Zwecke verausgabt werden, die vertragswidrig sind, weil sie nicht lediglich den Bedürfnissen des Gebietes zugute kommen. Zum andern lehnt sie eine Einsichtnahme in den Etat ab, weil daraus sich ohne weiteres eine standlose Bevorzugung des französischen Grubensistus und der französischen Industrie des Saargebietes ergeben müßte. In ihrer Begründung für die Erhöhung der Umsatzsteuer und für die Einführung der französischen Luxussteuerliste gibt die Saarregierung an, daß Unterschiede zwischen dem saarländischen und französischen Luxussteuerliste bestehen, und daß

„die französische Steuerverwaltung schon lebt die französische Liste bei der Einführung anwendet!“

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die Erhebung einer Steuer in Frankreich keine Begründung dafür sein kann, dieselbe Steuer auch im Saargebiet einzuführen.

Wenn die Saarregierung sich auch in ihrer neuen Zusammensetzung für eine beschleunigte Angleichung des gesamten saarländischen Steuerwesens an Frankreich einsetzt, so geschieht das offenbar auf französische Einwirkungen, da man französischerseits bemüht ist, das Saargebiet aus Konkurrenzrücksichten mit den gleichen Steuern belastet zu sehen, wie Frankreich. Hierfür geben aber die Saarstatutbestimmungen keinerlei Handhabe. Es erscheint geradezu ungeheuerlich, wenn die Saarregierung ihre neue Steuervorlage mit dem Hinweis darauf begründet, daß die französische Zollverwaltung schon jetzt die französische Liste bei der Einführung besteuert anwendet. Mit einer solchen Erklärung bestätigt die Saarregierung lediglich, daß sie sich von der französischen Regierung, von der französischen Zollbehörde abhängig fühlt. Das ist eine um so unverständlichere Ungeheuerlichkeit, als mit diesem vertragswidrigen Vorgehen der französischen Zollverwaltung weitreichende materielle Schäden für die Saar-gebietbevölkerung verbunden sind, die nach den seinerzeitigen feierlichen Versicherungen der alliierten und assoziierten Regierungen unter allen Umständen von der Bevölkerung fern gehalten werden sollten.

In der erwähnten Protestkundgebung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe in Saarbrücken gab dessen Geschäftsführer, Dr. K. Euth, einen zusammenfassenden Überblick über die Wirkungen der von der Saarregierung geplanten Übernahme der französischen Umsatzsteuererhöhungen usw., wobei er zu folgenden zusammenfassenden Feststellungen kam:

1. Die von der Regierungskommission vorgelegte Begründung zu dem Steuerentwurf kann weder in formeller noch in materieller Hinsicht befriedigen. Tatsächlich gibt es keine triftigen Gründe, die das Steuerprojekt der Regierungskommission rechtfertigen.

2. Die Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 1,1 Prozent auf 1,3 Prozent würde die saarländischen Verbraucher unerträglich belasten. Die Lebenshaltung würde sich infolge der durch die Erhöhung der Umsatzsteuer hervorgerufenen Preisseigerung fühlbar verschlechtern. Die Durchschnittsbelastung des Verbrauchers mit allgemeiner Umsatzsteuer würde auf etwa 3,6 bis 6 Prozent steigen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer kann auch deshalb nicht in Frage kommen, weil diese Steuer lediglich fiskalischen Interessen dient und mit den Interessen der Wirtschaft und der Verbraucherschaft in keiner Weise zu vereinbaren ist. Die allgemeine Umsatzsteuer wirkt preistreibend und unsocial.

3. Eine Steigerung der erhöhten Umsatzsteuer von 10 auf 12 Prozent und die Einführung der französischen Luxussteuerlisten sind ebenfalls undisutabel. Gegen diese Maßnahmen sprechen zunächst dieselben Gesichtspunkte, die gegen die Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer geltend gemacht wurden. Außerdem sind die bisher mit der erhöhten Umsatzsteuer im Saargebiet gemachten Erfahrungen alles andere als ermutigend. Die Einführung der französischen Luxussteuerlisten ist ein Unding, weil diese Listen nicht für die saarländischen Verhältnisse passen und weil sie eine Reihe schwerer steuertechnischer Mängel enthalten. Die Einführung dieser Listen im Saargebiet würde keine Luxusbesteuerung, sondern eine zusätzliche Verbrauchssteuer bedeuten, ganz allgemein ist die Luxussteuer wegen der damit verbundenen volkswirtschaftlichen und kulturpolitischen Schädigungen abzulehnen.

Die einzige richtige Maßnahme auf dem Gebiet der Umsatzsteuerung müßte für die Regierungskommission ein Abbau der allgemeinen Umsatzsteuer und eine Beseitigung der Luxussteuer sein. Dabei könnte zweckmäßig in der Weise vorgehen werden wie im übrigen Deutschland, wo zunächst die allgemeine Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent ermäßigt und die erhöhte Umsatzsteuer bis auf vereinigte Ausnahmen beseitigt wird unter gleichzeitiger Senkung des Luxussteuersatzes. Falls

die Regierungskommission ihr Umsatzsteuerprogramm durchführen sollte, ergäbe sich somit für das Saargebiet, das doch nach wie vor ein Teil des Deutschen Reiches ist, der unerträgliche Zustand, daß die allgemeine Umsatzsteuer mehr als doppelt so hoch und die erhöhte Umsatzsteuer außerordentlich viel höher und umfassender wäre als im Reich. Entscheidend ist ferner noch der Konkurrenzgesichtspunkt. Es ist außer Zweifel, daß Frankreich ebenso wie Deutschland auf die Dauer eine wirtschaftliche Steuer, wie sie die Umsatz- und Luxussteuer darstellt, ertragen kann. Spätestens nach erfolgter Stabilisierung des Franken wird Frankreich genau so wie Deutschland seine Umsatzsteuer völlig beseitigen müssen. Da diese Entwicklung mit Sicherheit zu erwarten ist, wäre es für die saarländische Wirtschafts- und Steuerpolitik geradezu eine Torheit, jetzt noch eine Kriegsausnahmesteuer auszubauen und zu erweitern, die doch in absehbarer Zeit verschwinden muß. Wir lehnen deshalb aus allen erwähnten Gründen die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Einführung der französischen Luxussteuerlisten mit aller Entschiedenheit ab und richten an die Regierungskommission die dringende Bitte, in ähnlicher Weise wie das Reich einen Abbau dieser Steuern sofort vorzunehmen.

In der allgemeinen Aussprache erklärte der Landesratsabgeordnete Karius, daß der Landesrat nicht nur die Steuervorlage ablehne, sondern sogar den Abbau der Umsatzsteuer verlange. Ein Machtkampf zwischen Regierungskommissar und Bevölkerung sei im Entstehen. Wie könne heute der Arbeiterstand, der fast drei Viertel der ganzen Bevölkerung ausmache, noch neue weitere Konsumsteuern ertragen. Heute sei ja hier im Saargebiet die Steuer generell genommen höher wie im Reich.

Das Saargebiet sei ein großes Armenhaus, in dem es nur noch den Armenpflegern gut gehe.

(Lebhafte Zustimmung.) Die vorgebrachte Luxussteuer sei eine Beleidigung. Aus dem Grund der Selbsterhaltung sei es eine Ehre, gegen diese Beleidigung Front zu machen. Die Saarbevölkerung müsse entschlossen sagen: Wir machen dieses Spiel nicht mehr mit.

In einer einstimmig zur Annahme gekommenen Entschließung wurde unter anderem bedauert, daß die Regierungskommission überhaupt einen derartig wirtschafts- und verbraucherfeindlichen Steuerentwurf dem Landesrat vorgelegt und dadurch eine außerordentliche Erregung in die Wirtschaftskreise hineingetragen habe. Die Regierungskommission wird gebeten, bei künftigen Steuervorlagen diese Wirkung richtig einzuschätzen und die Steuerpläne unbedingt im Rahmen des Ehrlichen zu halten. Die geplante Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 1,1 auf 1,3 Prozent und der erhöhten Umsatzsteuer von 10 auf 12 Prozent, sowie die Einführung der französischen Luxussteuer werden mit Rücksicht auf die unsociale, preistreibende und wirtschaftsschädliche Wirkung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Sollte die Regierungskommission trotzdem ihre Steuerprojekte durchführen, so wird sie allein die Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Schädigungen, insbesondere der unvermeidlichen Preisseigerungen zu tragen haben. Zum Schluß wird die Regierungskommission dringend gebeten, in ähnlicher Weise wie in Deutschland die allgemeine Umsatzsteuer abzubauen und die erhöhte Umsatzsteuer zu beseitigen.

Eine Protestversammlung der Tabakverbraucher erklärte sich in einer Entschließung ebenfalls gegen die vorgebrachten Tabakssteuern der Saarregierung. Während der Versammlung ließ von der Regierungskommission telefonisch die Mitteilung ein, daß die Steuern am 1. April nicht zur Einführung kommen werden, sondern daß vorher neben dem Landesrat auch die Fachkreise gehört werden sollten. Man wird abzuwarten haben, inwieweit die Saarregierung auf die berechtigten Wünsche der Saarbevölkerung in der Frage der Steuergesetzgebung eingehen will. Das bisherige Verhalten der Saarregierung läßt jedenfalls nicht allzu hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Sturmzeichen im Saargebiet.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Saarbergknappe“, das Organ des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter im Saargebiet folgendes:

Das Wirtschaftsbarometer im Saargebiet deutet auf Sturm. In allen Wirtschaftskreisen macht sich eine schwelende Krisenstimmung bemerkbar. Kein Wunder für den Kenner und Beobachter der Saarbevölkerungsverhältnisse. Die der französischen Annexionspolitik dienende Regierungskommission führte im Jahre 1923 wider Gesetz und Recht den bereits an der Inflation er-

krankten französischen Franken als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Es gab ja damals Leute im Saargebiet, welche glaubten, die Einführung des Franken bedeute das wirtschaftliche Allheilmittel und bringe dem Saargebiet eine gesunde Wirtschaftsordnung. Wir haben damals entschieden die entgegengesetzte Meinung vertreten, nicht deshalb, wie man uns unberechtigterweise vorwarf, weil wir nationalistisch eingestellt gewesen wären, sondern aus den Erkenntnissen heraus, die aus rein wirtschaftlichen Erwägungen geboren waren. Die Entwicklung des

wirtschaftlichen Verhältnisse hat die von uns vertretene Auffassung vollauf gerechtfertigt. Wir haben seit dem Jahre 1923 noch keine Minute erlebt, in der man hätte feststellen können, daß die wirtschaftliche Lage im Saargebiet zufriedenstellend sei. Das Wirtschaftsleben im Saargebiet bewegte sich auf abgleitender Bahn und erhielt dann im Januar 1925 den schärfsten Stoß durch die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollsystem. Wir alle wissen, daß durch diesen Akt der Zollabschüttung von Deutschland eine völlige Umstellung des Wirtschaftslebens im Saargebiet erfolgen mußte. Die Regierungskommission ließ es sich angelegen sein, im schnellsten Tempo ohne Befragung des Landesrates die französischen Zoll- und Steuergesetze im Saargebiet in Geltung zu bringen, und der gesamte Handel mußte sich wirtschaftlich nach Westen orientieren. Zweifellos finden wir in diesem Vorgehen der Regierungskommission den Beweis, daß sie französischen Wünschen gegenüber viel willküriger ist als zum Beispiel den Wünschen des größten Teiles der Saarbevölkerung gegenüber auf Einführung der deutschen Sozialgesetzgebung im Saargebiet.

Das ständige Sinken des französischen Franken (in einem Jahre fast um 50 Prozent) schwächt naturgemäß auch den Realwert der Löhne und Gehälter. Das Sinken des Franken bedingt darum auch in fast gleichem Maße eine Schwächung der Kaufkraft der breiten Volkschichten. Diese Feststellung konnte in erster Linie seit Anfang 1925 die Geschäftswelt machen. Von einer guten Kaufkraft der breiten Massen hat die Geschäftswelt in erster Linie den Vorteil. Den vielen Klagern aus Kreisen des Handels wird aber entnommen, daß die Kaufkraft außerordentlich schwach geworden war: die Ursache hierzu bildet eben, wie uns hinlänglich bekannt, das unzulängliche Lohneinkommen der breiten Käuferschichten. Die Bergleute, Hüttenarbeiter, Fabrikarbeiter und andere Berufsschichten haben heute ein Lohneinkommen, das kaum ausreicht, um die nackten Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Arbeiter mit stärkeren Familien sind heute fast nicht mehr in der Lage, die Mittel für Schuhzeug und einfachste Kleidungsstücke aufzubringen. Die Arbeitgeber, sei es die Bergbehörde oder die Hüttenaktionäre, zeigen wenig oder kein Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiter und Angestellten, ihr Sinn und Streben ist lediglich auf Gewinn eingestellt. Alle Bitten und Forderungen der Gewerkschaften finden taube Ohren, die Unternehmer zeigen sich verständnislos und ablehnend. Uns Bergarbeiter hat man jetzt wieder die berechtigte Forderung auf Lohnerhöhung abgelehnt, trotz täglichen Sinkens des Franken und trotz des Nachweises gestiegener Lebenshaltungskosten. Die Hüttenarbeiter sind schon lange ohne Tarifvertrag und haben teilweise noch geringere Löhne als die Bergarbeiter. Da darf

es wirklich nicht wundernehmen, wenn die Verstimmung in Arbeiterscharen wächst und schließlich in einer Entladung den Ausweg sucht. Wer schwer arbeitet und seine Pflicht erfüllt, hat unbedingt auch Anspruch auf einen rechten Lohn, womit er sich und seine Familie anständig ernähren kann. Dies sollten die Kreise, die es angeht, nie vergessen, denn von der Angemessenheit des Lohnes hängt auch die Arbeitsfreudigkeit ab, von der wieder der Betrieb und seine Sicherheit abhängig ist.

Aber nicht bloß in der Arbeiterschaft herrscht Verstimmung. Auch der Handel und die freien Handwerker berufsfühlen sich durch die geplanten Maßnahmen der Regierungskommission in ihrer Existenz bedroht. Die Regierungskommission will nämlich gegen den Willen der Saarbevölkerung neue französische Steuergesetze einführen, die den Handel und letzten Endes die Konsumenten schwer belasten würden. Die führenden Köpfe der Geschäftswelt wissen aber ganz genau, daß weitere Belastungen für die Konsumenten untragbar sind, da die ohnehin schon geringe Kaufkraft noch mehr geschwächt würde. Deshalb haben bereits die Vereinigungen des Handels und der Handwerker Protestversammlungen veranstaltet, in welchen gegen die geplanten Maßnahmen der Regierungskommission Stellung genommen wurde. In teilweise scharf gehaltenen Entschließungen wurde die Regierungskommission erzürnt, den wirklichen Verhältnissen und Bedürfnissen im Saargebiet Rechnung zu tragen und die bisher schon zu scharf gehaltene Steuerschraube zu lockern, anstatt sie bis zur Unerträglichkeit anzuheben. Die Kundgebungen fanden die Sympathien weitester Bevölkerungskreise.

Den maßgebenden Stellen im Saargebiet dürfte die gähnende Stimmung in der Bevölkerung des Saargebietes nicht unbekannt sein. Sie müßten dieser Stimmung Rechnung zu tragen versuchen. Insbesondere müßte es Sorge der Regierungskommission sein, der ja bekanntlich die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu fördern durch den Versailler Vertrag zur Pflicht gemacht ist, der herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen und Verhältnisse zu beichern. Auch hat die Regierungskommission die Pflicht, die durchaus berechtigten Lohnforderungen der Arbeitnehmerschaft zu unterstützen. Komme man nicht und sage, die Verstimmungen sind künstlich erzeugt worden oder entstehen einem falschen Nationalbewußtsein. Die Verstimmungen sind geboren aus der wirtschaftlichen Notlage des Saarvolkes. Wenn man dies einsehen will und entsprechend handelt, kann Schlimmes verhütet werden. Wir wollen hoffen, daß alle maßgebenden Stellen unsern Warnruf beachten, ansonsten die Verantwortung für die kommenden Dinge doppelt schwer in die Wagschale fallen würde.

Zusammenlegung statt Konkurs.

Wiedervereinigung der Saar-Bahnen mit der Reichsbahngesellschaft.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse an der Saar kreisen einer Entwicklung zu, deren Ende nur der restlose Konkurs sein kann, wenn nicht alle in Frage kommenden Faktoren für eine Rettung aus höchster Not in letzter Stunde zusammenarbeiten. Es ist an dieser Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen worden, und kein vernünftiger Mensch verschließt sich der Erkenntnis von der Richtigkeit der Behauptung, daß der Verwaltungsapparat, wie er mit und durch die Saarregierung aufgezogen worden ist, auf die Dauer unmöglich aufrechterhalten werden kann. Wöchentlich drei Landräte mit ihrem kleinen Beamtenstab die gesamte Verwaltung musterhaft in Ordnung hielten, hat man jetzt eine Regierungsmaschinerie in Bewegung gesetzt, die ausreichen würde, um das gesamte Rheinland und Westfalen ordnungsmäßig zu verwalten. Aber dieser Regierungsapparat ist wegen seiner Belastung mit politischen Nebenaufgaben, mit dem Hineinspielen annexionspolitischer Bestrebungen usw. nicht annähernd in der Lage, der Aufgabe gerecht zu werden, die ihm vom Völkerbund übertragen worden ist. Die Saareisenbahnen, die in ihrer Zusammendrängung auf ein kleines Gebiet zu den verkehrsbüchtesten Eisenbahngebieten Deutschlands gehören und in ihrer Verbindung mit dem deutschen Reichsbahnnetz mit einem erheblichen Überschuß arbeiten würden, erfordern wegen ihrer wirtschaftswidrigen Verselbständigung und ihrem damit verbundenen ausgebliebenen großen Beamtenapparat fortgesetzte Zuschüsse. Nicht anders ist es mit der Postverwaltung, verhängnisvoll geradezu mit der Sozialversicherung usw. Der "Saarbrücker Zeitung" wird zu dem ganzen Fragenkomplex von einer mit den Verhältnissen der Saarwirtschaft vertrauten Persönlichkeit aus dem Ruhrgebiet unter anderem folgendes geschrieben:

Als erster Schritt zur Sanierung der Saarverwaltung ist zweifellos zunächst die Vereinigung der Saarbahnen mit der Reichsbahngesellschaft erforderlich. Besondere politische Bedenken könnten hiergegen wohl um so weniger erhoben werden, als durch

diese Zusammenlegung das Pfand der Dawesmächte nicht unerheblich erhöht werden würde. Mit welchem Recht führt aber weiter die saarländische Postverwaltung ein Sonderdasein neben der großen Betriebsgemeinschaft der Deutschen Reichspost? Ist der Unterschied, z. B. zwischen deutschem und saarländischem Fernsprechwesen, nicht ein deutliches Zeichen, wo der frischere Wind weht? Auf der einen Seite eine energische Arbeit an der Errichtung modernster Selbstwähler in allen größeren Städten — auf der anderen ein Wursteln mit minderwertigen fremdländischen Apparaten, über die die eigenen Beamten offen die Achseln zucken!

Sollte weiter es jetzt nicht auch an der Zeit sein, jenen verhängnisvollen Schritt der Lösung der saarländischen Sozialversicherung von der des Reiches rückgängig zu machen? Ganz abgesehen von der dadurch gegebenen Möglichkeit, die vorhandenen Reservefonds vor einer weiteren Entwertung zu retten, würden Aufsichtsorgane in Fortfall kommen, die heute doch nur den Sinn haben, den Instanzenzug einer großen Volksgemeinschaften miniature zu besitzen.

In gleicher Weise sollte es sich ermöglichen lassen, die Justizverwaltung wieder dahin zu vereinfachen, daß das Saargebiet, statt eines eigenen Obergerichtes über einem einzigen Landgericht, wie bisher Oberlandesgericht Köln und Reichsgericht in Anspruch nehmen kann. Die daraus dem Saargebiet erwachsenden Ersparnisse liegen wohl auf der Hand. Dazu entspräche eine solche Lösung einem gewissen Anstand, den schließlich auch eine Landesverwaltung nicht entbehren kann: auch das Obergericht Saarlouis ist ja trotz seiner formalen Selbstständigkeit von der Rechtsentwicklung abhängig, die das Oberste reichsdeutsche Gericht angibt.

Das Ziel „Zusammenlegung statt Bankrott“ braucht aber nicht einmal bei dem Wasserkopf „Verwaltung“ Halt zu machen! Ist die wirtschaftliche Abgliederung der saarländischen Gruben nicht die größte Anomalie unseres kleinen Landesteiles? Die

gerechte Verteilung der Steuerlasten wird auch im Saargebiet etnmal erreicht werden, mag sich die Grubenverwaltung auch noch so sehr den ihr aucommenden Steuerverpflichtungen zu entziehen suchen. Der Abgeordnete Uhry hatte daher schon aus diesem Grunde recht, wenn er ein baldiges Abstoßen der Saargruben an den deutschen Staat empfahl. Sonderlich groß ist gegenwärtig, mittler in einer Kohlenabsatzkrise von vermutlich jahrelanger Ausdehnung, die Neigung von deutscher Seite freilich nicht, einen durch Raubbau entwerteten Betrieb zu übernehmen. Insbesondere die Ruhrkohlenindustrie wird nicht gerade erbaut davon sein, von

dem mühsam behaupteten süddeutschen Markt durch die Saar-Gaskohle endgültig verdrängt zu werden. Ein Ausgleich, auch in französischem Interesse, ließe sich aber hier finden, wenn eine Rückzahlung des Wertes der Saargruben auf einer für beide Teile ertraglichen Basis in Form kostenloser Kohlsicherungen an die lothringischen Hütten erfolgen würde. Die Hoffnung, aus der gashaltigen Saarkohle einen brauchbaren Hochofenkoks herzustellen, dürfte doch heute auch den größten französischen Optimisten vergangen sein!

Abbau der Saar-Affäre verlangt.

Der Landesrat gegen die neuen Steuern.

Der Landesrat hat in seiner Sitzung vom 12. April der am 1. April neu konstituierten Regierungskommission aufs dringendste nahegelegt, ihr möglichstes zur Liquidierung der Saar-Affäre beizutragen. Wenn von Seiten der Fraktionen diese Lösung erstrebt werde, dann sollte sich, so meinte der Sprecher der Zentrumsfraktion, Rektor Martin, die Regierungskommission nicht sträuben, die Vorschläge der politischen Parteien wohlwollend zu beurteilen und im Interesse des Wohles der Bevölkerung dem Völkerbund zu raten, Schluss zu machen mit einem Unternehmen, das zum Abbau überreift sei. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Sender, gab seiner Enttäuschung über die fast unveränderte Wiederkehr der alten Regierungskommission nach ihrer „Neuwahl“ Ausdruck und erklärte, das ewige internationale Handeln mit den Wünschen und Rechten des Saargebietes müsse jetzt endlich aufhören. Das Saargebiet gebärde sich wie ein Staat, obwohl es kein Staat sei, aber es koste soviel wie ein Staat. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden. Der Völkerbund möge sonst die Kosten für dieses teure Experiment selbst tragen. Abg. Schmelzer sah die Forderungen der Saarländischen Volkspartei an die neue Regierungskommission dahin zusammen: Abbau der Fremdherrschaft in der Verwaltung des Saargebietes, Vorbereitung der Rückkehr zu Deutschland.

In der Steuerdebatte protestierten sämtliche Fraktionen gegen die unerhörte vortagswidrige steuerliche Bevorzugung des französischen Grubenfiskus und gegen die beabsichtigte planlose Aufbürdung neuer steuerlicher Lasten auf das Saargebiet, die bei einer Verwendung des großen Pensionsfonds der Regierungskommission und bei einer gerechteren Heranziehung des französischen Grubenfiskus zur Steuerzahlung erheblich vermindert werden könnten.

Von großem Interesse war die Mitteilung des Vertreters der Regierungskommission, daß die Erhebungskosten des französischen Zolles 35 Prozent (1) der dem Saargebiet zu stehenden Zolleinnahmen verschlingen, und daß die französischen Zöllner von den durch sie verhängten Zollstrafen eine Prämie von 44 Prozent erhalten.

Selbstverständlich wurde wiederum die sofortige Zurückziehung des französischen Militärs vom Landesrat gefordert. Die Regierungskommission habe in ihrem letzten Bericht an den Völkerbundrat selbst erklärt, daß 1000 Mann Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in normalen Zeiten ausreichten. Da diese Zahl nun erreicht sei, stelle die sofortige Zurückziehung der Truppen eine logische Konsequenz des Berichtes der Regierungskommission dar.

In seiner Sitzung vom 13. April hatte sich der Landesrat gutachtlich zu einer Reihe von Steuererhöhungsprojekten zu äußern, für die — und dies charakterisiert die Einstellung der Regierungskommission zur Volksvertretung im Saargebiet — eine ausreichende statistische Begründung vollkommen fehlt. Während in Deutschland die Umsatzsteuer auf 0,75 Prozent ermäßigt wurde, beabsichtigt die Regierungskommission die ebenfalls von 1,1 auf 1,3 Prozent zu erhöhen. Außerdem soll eine neue Luxussteuerliste, die im wesentlichen mit der umfangreichen französischen Luxussteuerliste übereinstimmt, eingeführt werden, wodurch nach dem französischen Vorbild z. B. Badewannen jeglicher Art, Zahnpasta und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs als „Luxus“ (nach französischer Auffassung!) versteuert werden sollen.

Der Landesrat verlangte demgegenüber Abbau der Umsatzsteuer von 1,1 auf zunächst 0,75 Prozent und lehnte die Einführung der Luxussteuerliste einstimmig ab. Auch sprach er sich strikt aus gegen die beabsichtigte Erhöhung der Bier-, Branntwein-, Tabak-, Zigarren- und Zündholzsteuer.

Außerdem der Tagesordnung wurde einstimmig ein Zentrumsantrag angenommen, der die Regierungskommission auffordert, der „Saarbrücker Lustverkehrsgesellschaft“ 200 000 Franken als Unkostenauschütt zur Einrichtung eines Flugplatzes für Saarbrücken zur Verfüzung zu stellen, da die ernste Gefahr besteht, daß bei nicht rechtzeitiger Fertigstellung der erforderlichen Flughafen-Anlagen das Saargebiet bei der bevorstehenden Festlegung der großen Verkehrslinien übergangen werde und auf diese Weise abseits des internationalen Verkehrs zu liegen komme. Die Regierungskommission hat bisher in dieser Beziehung nichts getan.

Das Saargebiet im Reichstag.

Gelegentlich der Beratungen des Reichstages über den Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete nahm unter anderem auch der pfälzische Abgeordnete Dr. Raschig das Wort, um sich dabei auch mit dem Saargebiet zu beschäftigen. Er ging von der Notlage der arbeitsfähigen Bevölkerung aus, die in den Grenzgebieten des Saargebietes wohnt, und im Saargebiet ihrer Beschäftigung nachgeht. Er warf deshalb die Frage auf, ob man nicht versuchen sollte, durch Verständigung mit Frankreich und dem Völkerbund die noch 9 Jahre laufende Trennung des Saargebietes von Deutschland schon jetzt aufzuheben. Dr. Raschig fuhr dann fort:

Einsichtige Franzosen geben schon heute zu, daß Frankreich am Saargebiet und an der Ausnutzung seiner Kohlengruben keine Freude erlebt hat. Denn zur Herstellung von Lots und sogar zur Deckung des Bedarfs der französischen Eisenwerke ist die Saarkohle wenig geeignet, und Frankreich ist daher für diese Zwecke nach wie vor auf Ruhrkohle angewiesen. Aber die Saarkohle ist eine vorzügliche Gas Kohle. Infolgedessen geht sie, nachdem man einige Jahre vergeblich versucht hat, ihr in Frankreich einen großen Markt zu verschaffen, jetzt wiederum dahin, wo sie ihr natürliches Absatzgebiet hat, nämlich an die süddeutschen Gaswerke. Die Verwaltung der Kohlengruben mit ihrem deutschsprechenden Beamtente und Arbeiterpersonal macht den Franzosen gewaltige Schwierigkeiten und kostet ihnen ein ungeheure Geld. Das Eindringen des französischen Kapitals in der Saarindustrie

hat sich sehr schlecht gelohnt, denn Frankreich kauft keine Fabrikate aus der Saargegend, an die es nicht gewöhnt ist und an Eisen hat es ohnehin genug. Die Saarindustrie wirkt daher keinen Gewinn ab und die Investitionen französischen Kapitals in dieser Industrie, die in sehr großem Maßstabe stattgefunden hat, hat sich als unrentabel erwiesen.

Vor der Volksabstimmung, die in neun Jahren stattfinden soll, hat die französische Diplomatie schon jetzt eine heilige Scheu. (Sehr wahr! bei den Deutsch-Demokraten.) Denn bei dieser Volksabstimmung wird sich herausstellen, daß die große Petitionsliste von 150 000 Saarbewohnern, die seinerzeit Clemenceau dem Herrn Wilson vorlegte, von 150 000 Saarbewohnern, die angeblich für Frankreich optieren wollten, ein purer Schwindel gewesen ist. Es werden keine 15 000 sein und man rechnet hoch, wenn man 6000 Saarbewohner annimmt, die für Frankreich stimmen. (Zustimmung bei den Deutsch-Demokraten.) Da man sich dem Vorwurf dieser Fälschung doch nicht gern aussehen will, kann ich mir vorstellen, daß bei der französischen Regierung schon jetzt eine gewisse Geneigtheit vorhanden wäre, das Saarabkommen rückgängig zu machen. Wenn Frankreich, damit einverstanden wäre, würde der Völkerbund ganz sicher zustimmen. Wir haben ja von dem Herrn Reichsausßenminister gehört, das trotz des Genseiter Fehlslages auf Vorschlag Briands Deutschland gerade so behandelt werden soll, als sei es in den Völkerbund eingetreten. So scheint es mir nicht ganz ausichtslos zu sein, daß man schon jetzt ver-

sucht, den geradezu unleidlichen Verhältnissen an der Saargrenze ein Ende zu machen und den früheren Zustand, der in neun Jahren doch kommt, schon jetzt wieder herzustellen.

In einer Auskunft an die Presse über die Behandlung der Notlage an der Saargrenze im Haupthausschuss des Reichstags sagte ein anderer pfälzischer Abgeordneter, Dr. Zapf, unter andern: Unter dem Eindruck der Berichte von der Saargrenze haben zwei pfälzische Abgeordnete, Dr. Bayersdörfer und ich, Anträge gestellt, und zwar verlangte Dr. Bayersdörfer für Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel der Saargrenze einen Kredit von 7 Millionen Mark. Ich verlangte das gleiche und außerdem für die Landwirtschaft einen Kredit von 5 Millionen Mark. Die Aussprache im Haupthausschuss des Reichstages, ebenso die Abstimmung mit der Regierung ergaben die völlige Aussichtslosigkeit beider Anträge. Als ich dies erkannte, habe ich, um die Aktion nicht durch die mit Sicherheit zu erwartende Ablehnung der Anträge zu einem ungünstigen Abschluß gelangen zu lassen, einen weiteren Antrag gestellt, der die sofortige Prüfung der Verhältnisse an der Saargrenze for-

derie und die Regierung beauftragte, dem Reichstag eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen. Der Antrag ist im Haupthausschuss einmütig angenommen worden und wird auch im Reichstag angenommen werden. (Inzwischen erfolgt.) Hätte ich den Antrag nicht gestellt, so wäre die ganze Aktion mit Ablehnung der beiden Anträge auf Bewilligung von sofortigen Krediten erledigt gewesen und in diesem Etat überhaupt nicht mehr zum Zug gekommen. Nachdem aber mein Antrag angenommen ist, wird wohl auch etwas erreicht werden. Das Finanzministerium hat bereits Berichte seiner Unterbehörden über die Verhältnisse an der Saargrenze eingeholt. Sie lauten, wie mir gestern der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums mitteilte, sehr ungünstig und bestätigen die Notlage. Anweisung, die Eintreibung der Steuern nur mit großer Rücksicht vorzunehmen, ist bereits an die Finanzämter ergangen. Es ist anzunehmen, daß es auch gelingt, einen größeren Kredit für den notleidenden Mittelstand an der ganzen Grenze flüssig zu machen. Leider ist es nicht immer möglich, über die Hemmungen des bürokratischen Geschäftsganges sofort Herr zu werden. Was getan werden kann, um die Angelegenheit zu beschleunigen, wird von mir und allen pfälzischen Abgeordneten getan werden.

Förderung, Leistung und Löhne im Saarbergbau.

*** Saarbrücken.

Die Förderleistung der Bergarbeiter ging während des Krieges in allen Ländern erheblich zurück. Das war besonders in Deutschland der Fall, wo neben der Einberufung der besten Bergarbeiter zum Kriegsdienst noch die Unterernährung und die Nachwirkungen des verlorenen Krieges hinzukamen.

In keinem Bergrevier Deutschlands zog aber die Leistung der Bergarbeiter nach Beendigung des Krieges so rasch und in so erheblichem Maße an, als im Saargebiet. Zum Teil erklärt sich das aus einer raschen Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter, die im Saarrevier eher, als in den andern Revieren Deutschlands möglich war. Der „neue“ Arbeitgeber sorgte in eigenem Interesse für den notwendigen „Spez“. Den eigentlichen Anteil an der raschen und sehr erheblichen Steigerung der Leistung hat aber ein fein ausgesklügeltes und intensives Antriebssystem. Mitunterstützend wirkt dann natürlich auch die Stilllegung minderer ertragreicher Grubenteile. Den im volkswirtschaftlichen Interesse liegenden und der möglichst langen Erhaltung der Bodenschätze dienenden Abbau der kleinen Flöze gab der „neue“ Arbeitgeber auf.

Anstelle der deutschen höheren Bergbaubeamten, die der preußischen und bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden, trat etwa die dreifache Zahl französischer Beamten. Wenn diesen auch mindestens in ihrer Mehrzahl die technischen Kenntnisse in dem Maße abgingen, wie sie deutsche Beamte besitzen, so verfügten sie über ein nicht geringes Maß von Organisationstalent, durch das sie das Beste an Leistungsmöglichkeit aus den Bergarbeitern herauszuholen vermochten.

So stieg zunächst die Gesamtförderung aller Saargruben von 12.937.277 To. im Jahre 1913 auf 14.032.118 To. Sie betrug in den Jahren 1920 9.410.433 To., 1921 9.574.602, 1922 11.240.048, 1923 9.192.275 To. (in letzteres Jahr fiel der 100 Tage dauernde Bergarbeiterstreik, während in den Jahren 1921 und 1922 die Förderung zeitweise unter Absatzschwierigkeiten litt). 1924 13.648.046 und 1925 12.597.116.

Die Leistung eines einzelnen Bergarbeiters, die 1913 arbeitstäglich 803 Kilo betrug, stand 1920 auf 482 Kilo. Sie zog dann an 1921 auf 515, 1922 auf 606, 1923 auf 639, 1924 auf 708, 1925 auf 675 Kilo.

Wenn sie den Stand von 1913 noch nicht erreicht hat, so ist das einmal in einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde für die eigentlichen Bergarbeiter unter Tage und um zwei Stunden für die Uebertagearbeiter begründet. (Für die Untertagearbeiter beträgt die Arbeitszeit von Schule zu Schule 7½ Stunden, für die anderen Arbeiter 8 Stunden.) Dann aber erklärt sich das Zurückbleiben hinter der Leistung von 1913, daß die Einzelleistung auf Personen umgerechnet wird, die eigentlich nicht zum Bergbau gezählt werden sollten. Zu der 76.000 Personen, die Ende 1925 angeblich auf den Saargruben beschäftigt waren, ist ein großer Teil zu zählen, der aus irgend einem Grunde durch Uebertragung einer Stelle versorgt wird. Dann ist durch den gleichzeitigen Gebrauch der deutschen und französischen Sprache im Betriebe ein großer Uebersetzerapparat notwendig. Bekannt ist ferner, daß eine erhebliche Anzahl auf der Bergwerks-

direktion untergebrachter Personen mittelbar oder unmittelbar im Dienste der französischen Propaganda und des sehr umfangreichen „Spieldienstes“ steht. Welch seines Verständnis die Bergarbeiter für die sie treffende Belastung durch die Umstellung der obersten Bergverwaltung in eine Art Versorgungsamt haben, zeigt folgender, im ganzen Saargebiet bekannter Wit: Ein Fremder fragte einen aus dem Zentralgebäude der Bergverwaltung hervortretenden, an seiner Uniform erkennlichen Bergmann, welchen Zwecken dieses Gebäude diene. Der Bergmann antwortete, daß das Direktionsgebäude ein „Friedhof“ sei. Da der Fremde das für unmöglich hielt, sagte der Bergmann: „Das stimmt, denn hier ruhen über 800 Franzosen.“

Die Löhne der Bergarbeiter unterliegen seit Jahren sehr großen Schwankungen. Aus politischen Gründen erfolgte die Umstellung der Entlohnung und Besoldung der Bergarbeiter und Beamten bereits ab 1. Juli 1920 in Franken und zwar im Spitzenhauerleistungslohn mit 23 Fr. pro Schicht. Als bereits im Winter 1920/21 Absatzschwierigkeiten eintraten, wurde der Lohn 2 mal und zwar bis auf 16 Fr. abgebaut. Eine Ermäßigung der Löhne um 7 Fr. war durch die wirtschaftliche Lage der Gruben, wie die nachträglich bekanntgewordenen Gewinnergebnisse derselben zeigten, nicht bedingt. Sie ließen vielmehr auf die Sicherung des Inflationsgewinnes zugunsten des französischen Staates hinaus. Die in Franken besoldeten und entlohnten Saarbewohner konnten, so lange sie ihren Bedarf in deutscher Ware, mit deutscher Papiermark deckten, bei weit geringerer Besoldung und Entlohnung, wie sie im Innern Frankreichs möglich war, ihren Unterhalt bestreiten. Der durch die geringe Entlohnung erzielte Inflationsgewinn, den sich die Bergverwaltung durch den Abbau der Löhne und Gehälter zu sichern wußte, kann für ein Jahr nach amtlichen Mitteilungen an die französische Kommer über die Höhe der Bergarbeiterlöhne im Saargebiet im Vergleich zu denen im Innern Frankreichs auf mindestens 70 Millionen Franken geschätzt werden.

Ein Aufwärtsstreben der Bergarbeiterlöhne, das sich schon aus dem ständigen Sinken des Franken, der seit seiner Einführung im Saargebiet über die Hälfte seines Wertes eingebüßt hatte, als notwendig erwies, war mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden. Der hundertjährige Streit im Jahre 1923 war mit den niedrigen Löhnen, deren Aufbesserung sich die Bergverwaltung widersehnte, begründet.

Durch das Lohnabkommen vom 11. Februar 1925 wurde der Hauerleistungslohn nach mehrmaligen Erhöhungen auf 26,10 Fr. hinaufgedrückt. Er steht sich gegenwärtig zusammen auf 10 Fr. Gedingelohn, 5,50 Fr. Zuschlag auf denselben und einer festen Teuerungszulage von 10,60 Fr. Der sogenannte Mindestlohn, der nicht unterschritten werden soll, wenn das Sinken des Lohnes unter den vereinbarten Richtlohn auf unvorhergesehene Schwierigkeiten zurückzuführen ist, an den dem Arbeiter kein Verschulden tritt, ist auf 23,47 Fr. festgesetzt.

Die nicht im Gedinge beschäftigten Personen sind in 4 Gruppen eingeteilt. Für die Gruppe 1 ist der Lohn auf 25,35 Fr., für die Gruppe 2 auf 24,10 Fr., für 3 auf 22,85 Fr. und für 4 auf 20,50 Fr. vereinbart. Für die Schlepper und Lehrhauer ist ein bestimmter Teil dieser Lohnsätze vorgesehen. Es erhalten die jugendlichen Arbeiter von 14—15 Jahren drei Zehntel

des Lohnes der Klasse 4 und diejenigen von 15—16 vier Zehntel des gleichen Lohnes. Zu dem Leistungslohn für alle Gruppen tritt noch eine gleichmäßige Zulage für die Ehefrau und jedes schulpflichtige Kind von 1,50 Fr. je Schicht. Diese Zulage wird auch bei Erkrankungen weiter gezahlt. Dafür wird aber das Krankengeld entsprechend niedriger gehalten.

Diese Löhne sind Bruttolöhne. Da die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel im Saargebiet denen im übrigen Deutschland etwa gleichstehen (das Saargebiet muß etwa 80 v. h. seines Bedarfs einführen und für den größten Teil derselben Weltmarktpreise zahlen) hat sich die Lage der Bergarbeiter gegenüber der Vorwriegszeit, in der sie bereits nicht günstig war und besonders gegenüber anderen Arbeitergruppen natürlich erheblich verschlechtert. So beträgt z. B. der Spitzenlohn im Baugewerbe des Saargebietes monatlich (200 Stunden) 970 Fr., während der Hauerleistungslohn nur auf 652,50 Fr. steht. Mag auch zum Lohn eines Maurers auch keine Sozialzulage treten, so ist aber zu beachten, daß der vereinbarte Hauerleistungslohn kaum von der Hälfte der Mitglieder der Hauerklasse erreicht wird. Ein nicht unerheblicher Teil der Hauer verdient nicht wesentlich mehr, als den Mindestlohn. Mit dem Fortschreiten der Inflation des französischen Franken haben sich die Lohnverhältnisse für die Saarbergleute noch erheblich verschlechtert, so daß neuerdings von Seiten der Arbeiterschaft das Lohnabkommen gekündigt wurde. Die Entwertung des Franken betrug z. B. im Jahre 1925 44 Prozent. Die Erhöhung der Löhne 14—17 Prozent. Der Goldmark sowie der Dollarlohn ist trotz der Lohn erhöhung gesunken. Es betrug der Hauerlohn im Durchschnitt im 1. Quartal 6,88 M., im 4. Quartal nur mehr 5,66 M. oder 1,22 M. weniger als im

1. Quartal. Auch gegenüber der gestiegenen Teuerung von 15,3 Prozent ist die Lohn erhöhung von 14—17 Prozent unzureichend, da die Erhöhung im ersten Quartal auf die Teuerung Ende 1924 zu buchen ist. Zum andern kommt die Lohn erhöhung von Ende 1925 erst in den Löhnen des 1. Quartals 1926 voll zur Geltung.

Die Unfallgefahr im Saarbergbau. Mit der von dem neuen Arbeitgeber mit allen verfügbaren Mitteln erzielten Steigerung der Leistung stieg auch die Unfallziffer, und zwar derart, daß die Unfälle auf die eigentliche Tonnenförderung umgerechnet, höher sind, als sie in der Vorwriegszeit waren. So betrug die Zahl der Unfälle im Jahre 1924, die eine Arbeitsunsicherheit von mehr als 4 Wochen zur Folge hatten, 2380. Einen tödlichen Ausgang hatten 67 (erfahrungsgemäß ist die Zahl aber noch größer, weil später eintretende Todesfälle infolge schwerer Verletzungen nicht eingerechnet sind).

Die steigende Zahl der Unfälle erklärt sich neben den Folgen eines scharfen Antriebssystems vornehmlich aus der mangelhaften Einrichtung der Bergpolizei. Leiter des Oberbergamtes, dem diese unterstellt sind, sind von der französischen Regierung bestimmte Beamte. Als Revierbeamte wurden neben einem aus Lothringen zugewiesenen Bergrevierbeamten 6 Obersteiger genommen, denen vor allem die notwendige Unabhängigkeit vom Bergbau besitzt, die sich in der Unterlassung eines strengen Vorgehens gegen denselben zeigt, während ein Verstoß der Arbeiter, der durch das Antriebssystem unvermeidbar ist, ungehobt bleibt.

Die kulturellen Aufgaben des Theaters im Saargebiet.

(Erfahrungen und Forderungen.)

Von Karl Willy Straub.

Wenn wir vom „Saargebiet“ als von einem politischen Begriffe sprechen, meinen wir jene durch den Vertrag von Versailles unter dem wirtschaftlichen Gesichtswinkel der Kohlegewinnung für Frankreich zusammengezweigten Städte rheinpreußischen und pfälzischen Gebietes, deren Hauptstadt Saarbrücken ist.

Diese Stadt, deren Bedeutung vor dem Kriege kulturell sich nur wenig über das 1. Jt. von Bisse in der „Kleinen Garnison“ gezeichnete Landstädtchen Forbach erhob, war mit einem Schlag vor ungeheure Aufgaben gestellt. Sie, die völlig materialisierte Garnison- und Industriestadt, sollte von heute auf morgen die Rolle eines Kultzentrum antreten; sollte — plötzlich an des Reiches äußerster Peripherie als Feldwache aufgestellt — deutsche Kultur vertreten; sollte, gänzlich unvorbereitet wie sie war, das heiligste Gut deutschen Geistes nicht nur wahren, sondern auch gegebenenfalls verteidigen.

Die Verwirrung war groß.

Wie es um die geistige Bedeutung der Stadt Saarbrücken, einer Stadt von mehr als 150 000 Einwohnern, zu Anfang der Besetzung durch französische Truppen stand, zeigen am deutlichsten die Tatsachen, daß sie erst seit etwa einem Jahre eine städtische Bibliothek und seit etwa einem Monate ein Heimatmuseum ihr eigen nennt.

Ein Theater hatte die Stadt zwar schon vor dem Kriege, aber es erhob sich nicht über das übliche Niveau des Provinztheaters. Anspruchsvollere Bedürfnisse muhten in Strohburg oder Mannheim befriedigt werden.

Kein Wunder, daß die westliche Kultur den Versuch mache, einer geistig so wehrlosen Stadt ihre Güter aufzudrängen. Die ersten Jahre nach dem Kriege, als die Einwohner des Saargebietes selbst noch nicht recht wußten, wie deutsch sie sind, war mehr als ein Unternehmen im Gange, den schwachen Bemühungen um Erhaltung des Wenigen, was man an deutschem Kulturgute hatte, den Boden zu entziehen. In der richtigen Erkenntnis, daß es vor allem das Theater sei, das als Kulturfaktor in Betracht komme, richteten sich die offenen wie geheimen Angriffe in erster Linie gegen dessen Bestand. Diesen westlichen Machenschaften erwuchs dann in der Inflation ein Bundesgenosse von fast unüberwindlicher Stärke. Doch in dieser Lage die reichsdeutsche Regierung Verständnis zeigte, kann ihr nicht hoch genug angerechnet werden.

Freilich habe in jenen kritischen Zeiten das Theater auch einen Intendanten von künstlerisch wie menschlich außerordentlich ansprechenden Eigenarten. Und man begreift es heute noch nicht, daß gerade ihm von sonst durchaus deutsch empfindenden Persönlichkeiten städtischer Regie Schwierigkeiten aller Art gemacht wurden. Wir meinen Ernst Martin.

Das Theater war unter seiner Leitung mit einem Male wieder eine Angelegenheit der breiten Öffentlichkeit geworden.

Nie wird man die ersten Bühnenstücke vergessen, mit denen er sich in Saarbrücken einführte. Wenn man sich seiner zweijährigen Spielzeit erinnert, möchte man von einer Aera Martin sprechen. Unter seiner Führung war das Theater wie von selbst ein Kulturtumor geworden. In einigen Gipfelleistungen erhob es sich weit über das Niveau eines Provinztheaters.

Dieses Schauspiel fand in der von Generalmusikdirektor Felix Lederer geleiteten Oper eine longenale Ergänzung. Die musikalischen Ansätze, die er in Saarbrücken voraus, ausgebaut zu haben, ist sein unbestrittenes Verdienst. Neben klassischer und moderner Musik in den Symphoniekonzerten gelang es ihm, in der Oper den ganzen „Ring“ auf die Bühne zu bringen. Mit „Tristan und Isolde“ wagte er das für eine Provinzbühne nahezu Unmögliche. Neben Wagner sahen wir den ganzen Mozart, Beethovens „Fidelio“, Gåls „Heilige Ente“, den „Rosenkavalier“, Schreders „Schahgräber“ u. a. Wenn Herr Lederer auch dann und wann sich darin gesiel, in der Interpretierung allzu subjektiven Auffassungen Raum zu geben, so verdienen immerhin seine Taten in den Annalen der städtischen Musikgeschichte festgehalten zu werden.

Als vor einem Jahre Ferdinand Stuhra als Nachfolger Martins berufen wurde, schien das Theater seinen kulturellen Aufgaben nicht mehr in dem Maße nachzukommen, wie dies an einem Maße nötig ist, an dem zwei Kulturen zusammenstoßen. Erst seit diesem laufenden Spieljahr nähert sich das Theater wieder der Höhenkurve Martin. Aber mir scheint — betrachten wir das Gebotene von dem Standpunkte der Repräsentation deutscher Kultur — noch Vieles zu fehlen.

Wenn das nationale Kulturtumor schon überhaupt aus dem Hegenkessel ästhetischer und problematischer Experimente heraus muß; wenn es sowieso sich der Überflüchtigung durch ausländische Autoren erwehren muß, so ist es schon nahezu Forderung eines Kulturtumors, das als Vermittler deutscher Geistesgutes angesprochen werden will, den Schlendrian nicht mitzumachen. Hier an der Grenze gilt es, auf der Hut zu sein. Hier gilt es, dem Gedanken Geltung zu verschaffen, den Alfred Wien in der Bayreuther Zeitschrift „Das deutsche Drama“ in die klaren Worte gefaßt hat: „In idealer Erfassung des stofflichen Ziels dem Ethos zu dienen. Unser Theater muß aus der deutschen Kunstentfremdung und der Entstiftung wieder heraus; es muß, wie Schiller forderte, von neuem — moralische Anstalt werden.“

Zugegeben, daß uns die deutschen Schriftsteller zurzeit fehlen, mit denen wir ein nach ethischen Gesichtspunkten organisiertes nationales Kulturtumor zu betreiben imstande wären, — sind wir nicht in der glücklichen Lage, von unseren Vorfahren zu lernen? Heraus mit den Klassikern, die wir nicht müde werden zu hören; die nie moderner waren als gerade jetzt!

Wir haben einen einzigen Schiller („Wilhelm Tell“) gehabt, einen einzigen Goethe („Clavigo“). Wo bleibt Lessing? Und wo belibt vor allem unser deutscher Klassiker: Heinrich von Kleist? Weder Martin noch Skubra haben uns die „Hermannsschlacht“ oder den „Prinzen von Homburg“ gezeigt. Martin hat uns wenigstens mit Shakespeare entshämt, der so hohe und allgemeine Kulturwerte enthält, daß ihn jede Nation für sich in Anspruch nehmen darf.

Mit einem Kulturtheater, dessen Spielplan zur Hälfte dem vergangenen Drama, zur anderen dem der Gegenwart dient, ist hier im Saargebiet nichts getan, solange die Klassiker nicht gespielt werden, und die Bühnenautoren der Gegenwart Bronnen und Brecht, Rehmsch und Mohr, Sternheim und Kaiser, Shaw und Pirandello heißen (wobei man der „Heiligen Johanna“ gerne ihr Recht einräumt). Hier im vordersten Schützengraben deutscher Kultur muß mit dem Rüstzeug gekämpft werden, das uns (solange uns die junge Generation die „bezwingernde seelische Kraft“ vorenthält) die Klassiker in so überaus reichem Maße liefern. Wir sind müde des Kitzels der Nerven, wir schreien nach dem Pathos des Blutes!

Wenn ich bei meinen Forderungen das Schauspiel in den Vordergrund gestellt habe, so geschieht es, weil ihm vor allem die Aufgaben zufallen, die sich ein Kulturtheater an der Saar zu stellen hat. Von der Oper im selben Maße die Verwaltung deutschen Kulturgutes zu verlangen, geht um so weniger an, als sich ihr Wesentliches — die Musik — national nicht so abgrenzen läßt, wie das Ethos im Schauspiel unserer Klassiker. Immerhin wäre es an der Zeit, von Pfitzner mehr zu geben als das „Christusklein“!

Wenn diesen Gedanken Rechnung getragen wird, haben wir das Theater, das wir im Saargebiet brauchen.

Die Eisenbahnen des Saargebietes.

Nach dem Saarstatut (Anlage zu den Artikeln 45 bis 50 des Vertrags von Versailles) genießt der den Völkerbund vertretende Regierungsausschuss bei der Verwaltung des Saargebietes in der Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen, Kanäle und sonstigen öffentlichen Betriebe volle Freiheit. Ein gemischter Ausschuss, in dem der Regierungsausschuss des Saargebietes und die deutschen Eisenbahnen vertreten sind, sollte eine gerechte Verteilung des rollenden Materials vornehmen. In welcher Weise das geschah, gibt eine vom Nachrichtenbureau des Generalsekretariats des Völkerbundes herausgegebene Schrift über das Saargebiet und die freie Stadt Danzig Auskunft. Französische und deutsche Sachverständige hätten dem Regierungskommissar für das Eisenbahnwesen erklärt, daß es unmöglich sei, es in befriedigender und sparsamer Weise zu verwalten. Nach dieser negativen Auskunft hätte der Regierungsausschuss beschlossen, unabhängig vorzugehen. Kraft des Vertrages von Versailles verabschiedete er sich aus dem vorhandenen deutschen Material mehr als 300 Lokomotiven, 708 Personenwagen und 20 000 Güterwagen. Das gesamte Eisenbahnnetz des Saargebietes beträgt etwa 290 Kilometer. Davon werden auf bisher noch ungeklärte Weise 41 Kilometer von Frankreich bzw. von den ehemals elsässisch-lothringischen Bahnen verwaltet. Es handelt sich hier um in die Saarbahnen aus Lothringen einmündenden Nebenstrecken, und zwar die Strecken Leberherrn — Böllingen — Gerstlingen — Dillingen und Mondorf — Merzig. Der Vertrag von Versailles gibt Frankreich nicht das Recht, Eisenbahnen des Saargebietes als sein Eigentum zu betrachten. Der Artikel 67 des Vertrages von Versailles bestimmt zwar, daß die französische Regierung in alle Rechte des Deutschen Reichs auf allen gegenwärtig in Betrieb oder im Bau befindlichen Eisenbahnstrecken eintritt, die unter der Verwaltung der Reichseisenbahn stehen. Das kann sich aber unmöglich auf Strecken beziehen, die im Saargebiet liegen. Die Saarbevölkerung ist wegen Verwaltung dieses Teils der Saarbahnen durch Frankreich beunruhigt. Die Angelegenheit wurde durch die Pensionierung der Beamten dieser Strecken durch Frankreich aufgegriffen und wird von den maßgebenden Stellen zur Entscheidung gebracht werden müssen.

Unter Anwendung des Paragraphen 19 des Saarstatuts, der dem Regierungsausschuss das Recht gibt, die ihm erforderlich erscheinenden Verwaltungsstellen zu schaffen, wurde die frühere preußische Eisenbahndirektion Saarbrücken aus dem Saargebiet ausgewiesen und mußte ihren Sitz nach Trier verlegen. Für das Saargebiet wurde eine eigene Saar-Eisenbahndirektion geschaffen, die dem Vertreter Belgien unterstellt und deren 1. Präsident ein Franzose ist.

In der vom Völkerbundsekretariat herausgegebenen Schrift heißt es: „Wie zu erwarten stand, verzeichnen die Eisenbahnen des Saar... keinerlei Gewinn...“ Diese „Erwartungen“ sind trotz des dichten Eisenbahnnetzes, des regen Verkehrs und der hohen Fracht- und Personenzahl eingetroffen. Bei einer etatmäßig geschätzten Einnahme von 295 112 300

Franken für 1924 (140 110 300 Franken in 1923) betragen die Ausgaben 221 581 300 Franken (1923, 164 038 700 Franken), so daß für 1924 ein Zuschuß von 16 469 300 Franken (1923, 23 038 700 Franken) erforderlich ist. Die Ursache für das Defizit liegt einmal darin, daß das Gebiet für eine selbständige Eisenbahnverwaltung zu klein und die Verwaltung zu teuer ist. So sind für das räumlich kleine Gebiet, dessen längste Strecke 50 Kilometer lang ist, für 1924 vorgesehen: 230 000 Fr. für Reisekosten, 85 000 Fr. für Umzugskosten und 120 000 Fr. für doppelte Haushaltführung.

Dann ist die Eisenbahn eine wertvolle Reparationsquelle für Frankreich bei der Ausbeutung der Gruben. Ein Teil des Saarstatuts legt zugunsten der französischen Grubenverwaltung der Eisenbahn Verpflichtungen auf, die über das im innerstaatlichen Verkehr übliche Maß hinausgehen. Dann werden der Eisenbahnverwaltung nach glaubhaften Mitteilungen die tatsächlichen Ausgaben, die sie mit dem Ausrangieren der für den Abtransport der Grubenprodukte zur Verfügung stellenden Wagen nicht vergütet. So würde z. B. für die Herbeischaffung eines leeren Güterwagens von der äußersten Grenze des Saargebietes (40 Kilometer) der Betrag von 3 Franken bezahlt, während der Fahrpreis 4. Klasse für die gleiche Strecke 3,50 Franken beträgt. Dass französische Offiziere, wie im Landesrat trotz des gutarbeitenden Dementierapparats des Regierungsausschusses, bis jetzt unwiderprochen behauptet wurde, zu sehr ermächtigten Preisen auf den Saareisenbahnen fahren, würde nicht so auffallen, als die bis jetzt nicht widerlegte Behauptung, daß der Eisenbahnverwaltung für die französischen Truppentransporte durch das Saargebiet bisher noch keine Entschädigung gezahlt worden ist. Das Defizit der Eisenbahnverwaltung, das für die letzten drei Jahre (1922, 1923 und 1924) auf etwa 63,5 Millionen Franken geschätzt wird, geht auf Kosten der Saarbevölkerung und nur aus dem Grunde, weil die Regierungskommission, ohne dazu verpflichtet gewesen zu sein, die Eisenbahnverwaltung abtrennte und sie zum Vorteil Frankreichs unter fremde Verwaltung zum Nutzen fremder Interessen stellte!

„Saarland“, „saarländisch“ oder „Saargebiet“.

Von M. Karius-Saarbrücken.

Der allzu häufige Gebrauch der Bezeichnung „Saarland“ für das Saargebiet und die Bezeichnung „saarländisch“ von Firmenbezeichnungen im Zeitungs- und Geschäftsvorkehr gab wiederholt Anlaß zu Bedenken. Auf der vorjährigen Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover wurde die Unterlassung dieser Bezeichnung in einem eigens eingebrachten Antrag sogar verlangt. Dem wurde entgegengehalten, daß die Unterlassung dieser Ausdrücke praktisch unmöglich sei.

So wenig man sich für eine restlose Ausmerzung dieser Bezeichnungen einsetzen mag, so sehr muß aber dem allzu häufigen Gebrauch derselben, die mit dem Fehlen anderer Ausdrucksweisen oder mit geschäftlichen Rücksichten nicht zu entschuldigen sind, entschieden widergesprochen werden. Einmal ist der Begriff „Saarland“ für den gegenwärtigen Umfang des Saargebietes nicht richtig, denn wird neben dem Rheinlande, von dem das Saargebiet auch jetzt noch (siehe Jahrtausenfeier) ein Bestandteil ist, ein Moselland oder ein Saarland genannt, so handelt es sich um das ganze Land an der Saar oder an der Mosel. Dann sprechen politische Gründe und besondere gemachte Erfahrungen auf verwaltungsrechtlichem Gebiet durch die das Saargebiet verwaltende internationale Kommission dafür, daß das Saargebiet nicht als „Saarland“ bezeichnet und Firmen- und sonstige Bezeichnungen mit „saarländisch“ möglichst unterblieben oder mindestens auf das geringste Maß beschränkt werden sollten. Zur Genüge bekannt ist doch, daß die Franzosen bei Schaffung des Versailler Diktats die Annexierung des Saargebietes beabsichtigten. Erst als diese Absicht mißlang, kam die gegenwärtige „Verfassung des Saargebietes“ zustande. In dieser wird aber die Bezeichnung „Saarland“ vermieden, nur die Bezeichnung „Saarbeckengebiet“ findet man. Durch diese Bezeichnung soll ausgedrückt werden, daß es sich um kein selbständiges, souveränes Staatengebilde um kein „Land“ in staatsrechtlicher Beziehung handelt.

Die nachweisbar nicht in dem Geiste eines Völkerbundes, wie er sein soll, durchgeführte Verwaltung des Saargebietes war seit Beginn ihrer Tätigkeit bestrebt, die ihr wenig zugängliche Treuhänderrolle mit der selbständigen staatlichen Souveränität zu vertauschen. (Die Beweise, daß man durch Maßnahmen vielerlei Art über die zwangsläufigen Vorherrschen des Versailler Vertrages hinaus dem Saar-

gebiet den Charakter eines selbständigen Staatenbildes ausdrücken wollte und noch will, sind so zahlreich und bekannt, daß sich eine Anführung solcher erübrigt.)

Diese selbst dem Vertragswerk von Versailles widersprechenden Bezeichnungen „Saarland“ und „Saarländisch“ sind politisch nicht nur unklug, sondern deren häufiger Gebrauch kann sehr leicht den wahren politischen Charakter des Saargebiets verwischen. Denjenigen, welche das gerne tun wollen, kommt die unrichtige Bezeichnung sehr willkommen. (Selbst außerhalb der Saargebietsgrenzen hat sich in den breiteren Schichten unbewußt die Bezeichnung „Saarland“ für Saargebiet sehr erheblich eingebürgert. Wer sich unterrichten will, wie der Regierungskommission der Gebrauch der unrichtigen Bezeichnung für das Saargebiet sehr willkommen sein muß, studiere die Abkommen, die sie mit der französischen Regierung und anderen internationalen „Vertragsparteien“ abgeschlossen hat. Mit einer gewissen Wehmuth muß darin vom deutschen Standpunkt aus festgestellt werden, daß die amtliche Bezeichnung „Saarland“ durch die ergänzten Bezeichnungen ersetzt wurde. Selbst der im internationalen Vertragsrecht Bewanderte muß ohne genaue Kenntnisse des Verwaltungsstatuts für das Saargebiet annehmen, daß die Vertragspartei für das Saargebiet nicht Trennhänder für Deutschland, sondern souveräner Träger einer selbständigen Staatsgewalt sei. Kann man der das Saargebiet verwaltenden internationalen Kommission Vorhaltungen machen, wenn sie sich auf Vorbilder in der deutschen Bevölkerung und der deutschen Presse berufen kann?

Was vorstehend für den Gebrauch der Bezeichnungen „Saarland“ und „saarländisch“ gesagt wurde, gilt auch für die Bezeichnung von Minister für die Mitglieder der internationalen Kommission. Diese Bezeichnung wird doch nur für die höchsten Regierungsglieder einer selbständigen nationalen Regierung gebraucht. Die Bezeichnung Minister für die Kommissionsmitglieder ist besonders im Saargebiet zu einem wahren Devotismus ausgeartet. Nur die im Weltkrieg unterlegenen Nationen sind mit diesen vielen „internationalen Kommissionen“, Wir haben keine Veranlassung, den Mitgliedern der uns wie ein einerlei wie sie getauft sind, beehrt worden. Die Ausführungen von Prof. Karl Schmidt aus Bonn über den wahren Charakter dieser Kommissionen sind für jeden Deutschen lebenswert. Pfahl im Fleische sitzenden internationalen Kommissionen durch die Bezeichnung Minister, einen höheren Wert beizumessen, als sie wirklich haben? Selbst wenn ein Deutscher, gegen den persönlich nichts zu erinnern wäre, der Regierungskommission „als fünftes Rad am Wagen“ angehört, ist die Bezeichnung nicht am Platze. Franzosen, Engländer u. a. würden unter den gleichen Voraussetzungen diese Bezeichnungen nicht gebrauchen, selbst wenn damit eine gewisse Vergewaltigung ihrer Muttersprache verbunden wäre.

Kleine politische Umschau.

Die Saaregierung versteuert das Turnen.

Wie der Verband für Leibesübungen im Saargebiet mitteilt, sieht die neue Steuervorlage der Saaregierung eine hohe Steuer für Turn- und Sportgeräte vor. Diese Steuer beträgt bis zu 15 Prozent für alle Turn- und Sportgeräte, Kleidung und Schuhe. Der Verband schreibt weiter: Wenn wir feststellen, daß die Saaregierung bisher unsere idealen Bestrebungen der körperlichen und geistigen Kräftigung und Ertüchtigung der Bevölkerung in der Hauptsache unserer Jugend nicht nur keine Unterstützung und Interesse entgegengebracht hat, sondern diese stets hemmt und unterbindet, so ist diese neue Maßnahme dazu angetan, den schärfsten Protest der ganzen Bevölkerung hervorzurufen. Es ist wohl kein Zweifel, daß sich hinter dieser Steuermassnahme eine sehr durchsichtige politische Absicht verbirgt. Es ist doch nicht das erste Mal, daß seitens der Saaregierung versucht wird, den Leibesübungen zur Ertüchtigung der Jugend im Saargebiet Schwierigkeiten zu bereiten, den Turnbetrieb zu hindern.

Am 10. Januar protestierte gegen diese Versteuerungspläne der Saaregierung gegen das Turn- und Sportwesen eine Versammlung, die als die erste von der Saaregierung genehmigte unter freiem Himmel auf dem Landwehrplatz stattfand. Der Hauptturnleiter, Bürk, wandte sich dagegen, daß man die notwendigen Turn-, Sport- und Spielgeräte, sowie die Turnkleidung in der Luxussteuerliste aufführt. Daraus muß gefolgt werden, daß die Regierungskommission die der Ertüchtigung der Jugend und der Volksgesundheit dienenden Arbeit der Turner und Sportler als Luxus ansieht. Welche Bedeutung die Saaregierung der Pflege der Leibesübungen beimisst, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß sie ganze — 200 Frank hierfür in den Etat 1925 einsetzte. Im Namen der deut-

ischen Turnfache erhob der Redner schärfsten Protest gegen die unverständlichen Maßnahmen der Regierungskommission.

Im Namen des Landesrates und zugleich der Zentrumspartei sprach alsdann der Gewerkschaftssekretär Kieser. Er verurteilte besonders die Praxis der Regierungskommission, Landesfremde Luxussteuer auf das Saargebiet anzuwenden. Die Vorschläge der Regierungskommission schien nicht nur dictiert zu sein, um neue Einnahmequellen zu erschließen, sondern auch aus einer gewissen Furcht gegen die Bestrebungen der deutschen Turner an der Saar, ihren Körper gesund und kräftig zu erhalten. Frankreich würde zwar die Turner seines Landes unterstützen, aber mit dem Ziele, um wehrfähige Männer heranzubilden. Auch er wandte sich mit eindringlichen Worten gegen die überaus unverständliche Maßnahme, die in der Durchführung dieser Luxusbesteuerung liegt. Im Namen des Landesrates und auch speziell im Namen des Zentrums versicherte er der Versammlung, daß beide alles versuchen werden, um die Durchführung der neuen Besteuerung zu verhindern. Die Regierungskommission habe bis heute noch kaum einen Beweis dafür erbracht, daß ihr das Wohl der Bevölkerung am Herzen läge. Die neue Mutmachung, die nur eine Gefährdung und Beschwerung der Leibesübungen enthält, sei wiederum eine Unterdrückungsmaßnahme gegen die Selbstbestimmung des Volkes.

Die Rede des Abgeordneten Kieser fand außerordentlichen Beifall. Als weiterer Sprecher der großen politischen Parteien des Saargebietes sprach dann noch das Landesratsmitglied Schmelzer. Auch seine Ausführungen gipfelten im weitesten in der Verurteilung der so schamhaften Steuerpolitik der Regierungskommission. Wenn auch noch nicht versichert werden könne, daß die Entscheidung des Landesrates, die ganz selbstverständlich den lebenswichtigen Interessen des deutschen Turnwesens an der Saar voll und ganz Rechnung trüge, von der Regierung angenommen werde, so erhoffte man immerhin von der neuwählten Regierung ein besseres Verständnis, als es die alte Regierung an den Tag legte.

Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme der folgenden Entschließung, die dem Völkerbund, der Regierungskommission, dem Landesrat, den Städten und Gemeinden übermittelt wurde:

Viele tausende Angehörige der Leibesübungen treibenden Verbände der Stadt Saarbrücken, die zusammen 22 000 Mitglieder zählen, erheben in öffentlicher Versammlung am 10. April 1926 auf dem Landwehrplatz, schärfsten Widerspruch gegen die geplante Einführung der französischen Luxussteuerliste, die mit der Besteuerung der Turn-, Spiel- und Sportgeräte, sowie der Turn- und Sportkleidung auf eine Besteuerung der Gesundheit hinausläuft.

Nicht nur die privaten Kreise, denen Volksgesundheit und Volkswohl am Herzen liegen, sondern auch die Regierungen aller zivilisierten Länder bemühen sich, die Leibesübungen in weitestem Umfang zu fördern, ihre Ausbreitung zu sichern und durch Stärkung aller auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen eine Hebung der Volkskraft herbeizuführen. Eine solch weitblickende Politik, die die Bedeutung der Körperspflege erkennt, wird auch über die unmittelbar erreichbaren Ziele hinaus auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zum Besten der Volksgesundheit ihre Früchte tragen.

Die Einführung der französischen Steuerliste, die die Leibesübungen als Luxus erklärt, müßte eine empfindliche Hemmung der sozial-hygienischen und volkstümlichen Arbeit der Turn- und Sportverbände im Gefolge haben, sie kann deshalb von einer auf das Volkswohl bedachten Regierung unmöglich gutgeheißen werden.

Die Verbände drücken daher die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierungskommission von der Einführung dieser allgemein schädlichen Steuerliste Abstand nimmt und somit den wahren Volksinteressen zu dienen gewillt ist.

Saarländische Lehrer in Genf und Lausanne.

Unter „dieser Überschrift“ antwortet in der Saarbrücker Volksstimme „ein Teilnehmer“ auf die Ausführungen, die in Nr. 5 des „Saar-Freund“ unter der Überschrift „Die Sprachkurse saarländischer deutscher Lehrer“ gemacht wurden. Das, was dieser „Teilnehmer“ über die Beteiligung saarländischer deutscher Lehrer an den französischen Sprachkursen in Genf oder Lausanne sachlich zu sagen hat, ist lediglich eine Bestätigung dessen, was hier ausgeführt worden ist. Die Liebenswürdigkeiten, die er sich gegen den „Saar-Freund“ und den ihm unbekannten Verfasser erlaubt, bestätigen lediglich, daß ihm die öffentliche Nennung seines Namens in Verbindung mit diesen Sprachkursen unangenehm ist. Warum blieb er stumm, als schon vor Jahren gegen diese Sprachkurse und ihren sehr bedeutenden politischen Begleiterscheinungen nicht nur im „Saar-Freund“ —

er lese einmal die Saarbrücker „Volksstimme“ nach — Stellung genommen wurde! Damals stellte man die Teilnehmer aus, wie sich jetzt zeigt, falscher Einstellung nicht an den Pranger!

Zunächst irrt dieser Teilnehmer, wenn er annimmt, daß die Ausführungen von jemand stammen, der „wegen Kleinigkeiten der Heimat den Rücken lehrte oder seinen Dienst quittierte“. Sie stammen von jemand, der heute noch mitten im saarpolitischen Leben steht, die Vorgänge dort mit eigenen Augen beobachtet, sich aber durch beliebte Propagandamethoden nicht den klaren Blick trüben ließ. Eines stellen wir aus seinen Ausführungen mit besonderer Betonung fest. Der „Teilnehmer“ beantwortet die Frage in unseren Ausführungen: „Wer wird diese Leute im Jahre 1935 übernehmen?“ dahin, „er würde dann so viel Lebensenergie haben, sich mit seiner Hände Kraft zu ernähren.“ Daraus kann man eigentlich nur das eine entnehmen, daß der fragliche Verfasser selbst der Auffassung ist, daß seine jetzige nationalpolitische Einstellung nicht die Gewähr dafür bietet, daß er nach der Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem deutschen Vaterland noch Gelegenheit haben wird, deutsche Schul Kinder zu unterrichten. Im übrigen bestätigt er die in unseren Ausführungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung über den Charakter der Sprachkurse durch die folgende Bemerkung: „Ich könnte auch dem „Saar-Freund“ und seinem „Berliner Vogelchen“ eine ziemlich umfangreiche Liste seiner Abonnenten zusenden, die jedes Jahr bei Wein, Sekt und Braten französische Nationalfeiern gefeiert haben, die nicht Bons genug bekamen, um ihren Magen mit französischem Propagandasaf zu füllen, die in gewissen, für Deutschland schlechten Jahren, politisch vollständig unzuverlässig waren, Leute, die Jünger des Saarbundes gewesen und durch geringe Geldstrafen wieder würdige Kinder des Reiches wurden.“ Immer heraus mit der Liste, wir tragen keine Bedenken, sie zu veröffentlichen. Aber eine Frage, wozu diese Bemerkung? Wir können sie doch nur dahin aussäßen, daß der Teilnehmer „diese ziemlich umfangreiche Liste“ von Abonnenten des „Saar-Freund“ in die politisch gleiche Linie mit den Teilnehmern an den französischen Sprachkursen in Genf oder Lausanne stellt, womit bewiesen ist, daß die Charakterisierung der in unserer Liste aufgeführten saarländischen deutschen Lehrer und Lehrerinnen durchaus richtig war.

Wenn der fragliche „Teilnehmer“ im übrigen in Genf Gelegenheit nahm, falsche Auffassungen über das Saargebiet richtig zu stellen, so tat er nichts weiter als seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Daz er schon gänzlich den französischen Propagandaeinflüssen zum Opfer gefallen sein sollte, hatten wir nicht angenommen. Wir haben uns nur dagegen gewandt, daß deutsche Lehrer des Saargebiets sich für französische Propaganda-veranstaltungen missbrauchen ließen, wobei man zweifelhaft sein kann, ob jeder einzelne die Charakterstärke aufbringt, die notwendig ist, um dem französischen Propagandagist zu widerstehen. Seine „geistige Überlegenheit“ erlaubt im übrigen der erboten Teilnehmer damit beweisen zu können, daß er andeutet, „der Artiller des „Saar-Freund“ habe mit seiner Muttersprache scheinbar zu tun“. Daraus möchten wir schließen, daß die Muttersprache des betreffenden „Teilnehmers“ tatsächlich schon durch die französischen Sprachkurse in Genf in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Auf jeden Fall möchten wir hoffen, daß die Schüler, die der Teilnehmer in seinem Unterricht hat, einst ihre Muttersprache ebenso beherrschen möchten, wie der Artiller im „Saar-Freund“. Denn nicht wahr, Herr Teilnehmer, die Beherrschung der Muttersprache unserer heranwachsenden Jugend ist das Werk unserer deutschen Lehrerschaft; wo sich Mängel erweisen, hat die Grundlage in der Schule gefehlt, nicht aber hängt das mit der politischen oder nationalen Einstellung des Betreffenden zusammen. Im übrigen würden wir uns freuen, wenn dem fraglichen „Teilnehmer“ durch die Veröffentlichung seines Namens im „Saar-Freund“ ganz im stillen das Gewissen geschlagen hat. Seine Zuschrift an die „Volksstimme“ betrachten wir lediglich als Reaktion dieser stillen Gewissensbisse. Das war ja schließlich gerade die Uebung: Schärfung des nationalen Gewissens! In einem Gebiet, wo die französischen Annexionsbestrebungen sich erst in diesen Tagen wieder so handgreiflich gezeigt haben, ist es nicht gerade angebracht, daß sich die in Abwehrstellung befindliche Bevölkerung durch „Versöhnungsveranstaltungen“ anbietet. Das wird leicht als Schwäche ausgelegt, wo nationale Kraft und nationaler Wille den besten Wall der Abwehr zu bilden haben!

Aus dem Machtbereich Herren Nottons.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ teilt folgenden Vorfall mit:

Sieht da in Dudweiler ein Lehrer namens Mezinger, dessen Schicke eine breite Öffentlichkeit interessieren dürfte. Mezinger war Lehrer an der deutschen (saarländischen) Schule. Ostern 1922, als der Franken auf dem Zenith seines Glanzes stand, hielt es besagter Herr für angebracht, als „directeur“ an die Spitze der französischen Schule in Dudweiler zu treten. Er erbat Urlaub von der Schulabteilung der Saarregierung, der

ihm selbstverständlich bereitwillig gewährt wurde, und zwar für ein Jahr. Wer aber nach einem Jahr nicht in die deutsche Schule zurückkehrte, auch kein neues Urlaubsgejuch einreichte, auf das Bedauern der Schulabteilung, daß ihm ein weiterer Urlaub nicht mehr gewährt werden könne, nicht reagierte, sondern lustig weiter an der französischen Schule wirkte und sich auf die Allmacht der Franzosen im Saargebiet verließ, das war der Herr Mezinger. Eine Regierung mit festen Grundsätzen hätte dem frankophilen Herrn längst den Abfehr gegeben. Es geschah aber nichts. Im Gegenteil — als besagter Herr später frank wurde, kam er — hoffend auf den allmächtigen Beistand seiner Gönner — sogar um Pensionierung ein. Es gibt Leute, denen normale Gefühle ganz abhanden gekommen sind, sonst hätten sie nicht die Kühnheit, die Begründung zu gebrauchen, sie hätten ja an der französischen Schule auch nur deutsche Kinder unterrichtet. Und die Schulabteilung? Sie sucht anscheinend noch einen Weg zu finden, diesem Herrn in seinen Wünschen zu willfahren. Dabet ist er längst naturalisierter Franzose geworden! Da sieht man wieder, wozu die Steuergroschen der Saarbevölkerung gut genug sind. Die Franzosen aber, anstatt ihren Schützling zu versorgen, denken: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Besetztes Gebiet . . .

Ich habe den Vater Rhein gesehen,
Flaggen und Wimpel lustig wehen.
Die eine sucht' ich mit heissem Gesicht:
Die deutschen Farben und — fand sie nicht.

Im goldenen Mainz, sie nennen's Mayence,
Herrscht panzerumgürtet die Dame la France,
Kompagnien, Regimenter im trippelnden Schritt,
Voran die Musik — der Garden Ritt:

Sie künden Allen von Victoire

Und der welschen Waffen großer gloire . . .

Dort oben aber am Niederwald,

Dort raget noch immer die hohe Gestalt —
Germania schaut da in stiller Qual

Auf das fremde Getümmel im Rheinlandtal.
Aus dem erzernen Munde ein stummer Schrei:

Deutschland, mein Deutschland! — Herr mach uns frei!

Ich habe den Vater Rhein gesehen,
Flaggen und Wimpel lustig wehen,
Französische Fahnen leuchten im Licht —
Die deutschen Farben — ich sah sie nicht . . .

So saß ich trauernd im Eisenbahnwagen
Und ließ mich durch deutsche Gau tragen.
Soldaten sitzen mir vis-à-vis,
Vier Jünger Jossre's, vier poilus.

Sie lärmten und trinken in fröhlicher Schar:
„à votre santé, monsieur le barbare!“
Sie lärmten und trinken in brüllendem Chor,
Ein Paar tanzt taumelnd im Korridor.

Ich aber starre nur vor mich hin
In zitternder Scham und brennendem Sinn.
Da hör' ich von fern ein helles Klingen,
Und immer näher ein süßes Singen.

Die Fahrt hat beinahe die Höhe erreicht —
Die Landschaft langsam vorüber schleicht.

Da! — Dicht vor dem Zug eine Jungfrau zieht
Auf jauchzenden Lippen das Deutschlandlied.
Hoch über den Scheiteln im Sonnenschein
Die deutschen Farben am deutschen Rhein!

Ein höhnisches Lachen von fränkischen Lippen,
Mir aber pochte das Herz an die Rippen.

In himmlischen Schauern die Seele hebt:
Deutschland ist ewig, Deutschland lebt!

Es kann nicht sterben in Knechtschaft und Schand' —
Mein heiliges, deutsches Vaterland . . .

Hermann Nebe, Eisenach.

Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse im Saargebiet

für die Zeit von Anfang 1920 bis Ende 1925.

	Bevölkerungszahl		Bevölkerungs- zunahme		Bevölkerungs- zunahme durch Wanderungs- gewinn		Geh- schlie- hungen		Summe der Spalte 5 und 7	Ge- baute Woh- nungen	Woh- nungs- suchende am 1. 1. 26 **)*)	Eine gebaute Wohnung kommt auf wie- viel Häusern der Bevölkerungs- zunahme	welche Zahl der Spalten- summe 5 und 7	Ein Wohnungs- füllend kommt auf wieviel Häuser der Bevölkerung v. 1925
	Anfang 1920	Ende 1925	absolut	in %	absolut	in %	*)	*)						
Stadt Saarbrücken	116 824	125 205	+ 8 381	7,17	+ 2 254	1,98	8 927	11 181	2 753	8 994	3,04	4,06	18,92	
Kreis „Land“	176 285	202 844	+ 26 559	15,07	+ 12 278	6,96	12 525	24 808	6 563	4 280	4,05	3,78	47,89	
„ Dittweiler †)	127 584	140 505	+ 12 921	10,18	+ 16 234	12,72	9 560	25 794	2 795	4 062	4,82	9,28	34,59	
„ St. Wendel	29 829	32 497	+ 2 668	8,94	—	38	0	1 914	1 678	957	540	2,79	1,96	60,18
„ Saarlouis	124 540	136 629	+ 12 089	9,71	+ 2 516	2,02	8 410	10 926	2 928	1 450	4,18	3,73	94,23	
Merzig	33 851	37 111	+ 3 760	11,27	+ 893	2,68	2 408	3 801	1 059	762	3,55	3,12	48,70	
Bezirk St. Ingbert	47 446	53 159	+ 5 707	12,08	+ 2 627	5,54	3 134	5 781	1 408	1 093	4,06	4,10	48,63	
„ Homburg	41 883	45 820	+ 4 437	10,72	+ 1 131	2,73	2 784	8 865	1 710	1 019	2,59	2,26	44,97	
Saargebiet	697 242	773 764	+ 76 522	10,97	+ 37 895	5,43	49 612	87 507	20 171	22 200	3,79	4,34	34,85	

*) Eheschließungen für 1920 und 1921 geschätzt, da Statistik nicht erreichbar.

**) 3457 besonders dringende Fälle.

†) Durch Umgemeindung sind nicht alle Zahlen genau.

Die Unfallrenten im Saargebiet.

Über die Regelung der Unfallrenten im Saargebiet veröffentlicht die Saarpress eine Darstellung aus Arbeiterkreisen, der wir folgende Angaben entnehmen:

Die Saarregierung, die als Mandatar des Völkerbundes die Regierungsgeschäfte im Saargebiet „auf Grund des Vertrages von Versailles“ übernommen hat und auf Grund des § 24 des Saarstatuts desselben Vertrages die sozialen Gesetze bzw. die Ansprüche auf Grund dieser Gesetze zu schützen hat, hält sich aber als „Treuhänder“ der Bevölkerung des Saargebietes für berechtigt, den § 24 zum Schaden der Bevölkerung des Saargebietes auszulegen. Die Saarregierung hat nach der zwangsweisen Einführung des französischen Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel vier Verordnungen über die Regelung der Unfallrenten erlassen, die in krassem Widerspruch mit dem § 24 und den danach gültigen — deutschen — Gesetzen stehen.

Nach einer dieser Verordnungen ist der Höchstzah (Jahresarbeitsverdienst), aus dem die Berufsgenossenschaften die Renten errechnen müssen, mit den Löhnen in Einklang zu bringen, die die Berufsgenossenschaften den Beitragsleistungen zugrunde legen und da diese Löhne zum Teil schon — insbesondere im Bergbau — unter dem Existenzminimum liegen, so ist es leicht verständlich, daß die Unfallrenten durchschnittlich um mehr wie 70 Prozent unter denen liegen, die nach den — unwirksam gemachten — Gesetzen gezahlt werden müssten.

Dass die Saarregierung sich ihrer Schuld bewußt ist, geht daraus hervor, daß sie von Zeit zu Zeit die Unfallrenten erhöht, ohne daß dafür aus der Wirtschaftslage bzw. dem Stand des französischen Franken zwingende Gründe vorliegen. Jede dieser Verordnungen brachte neue Rentensätze und damit neue Unrechtmäßigkeiten. Es ist ganz unverständlich, wenn z. B. mit dem 1. Januar 1926 neue Renten eingeführt werden, die etwa 30 Prozent über den im Jahre 1925 gezahlten liegen. Berunglückte z. B. auf einer Schicht auf der gleichen Arbeitsstelle von zwei Arbeitern der eine vor 12 Uhr, der andere einige Minuten nach dieser Zeit, so erhält der erstere 30 Prozent weniger Rente, wie kein „glücklicher“ Kollege. Da die weiter zurückliegenden Fälle von diesem Gesichtspunkte aus behandelt werden, kann es nicht wundern, daß Renten ausbezahlt werden, die rund 90 Prozent unter den nach dem § 24 zu zahlenden liegen. Wie eine Regierung solchen Bestimmungen ihre Zustimmung geben konnte, bleibt unverständlich. Wenn dem zuständigen Minister Kenntnisse auf sozialpolitischem Gebiete fehlen, dann muß er sich eben Fachleute zu Hilfe nehmen. Eine Entschuldigung, man hätte dieses wichtige Ressort seinem Fachmann geben können, weil keiner Mitglied der Saarregierung wäre, ist nicht stichhaltig seit dem Eintritt des Herrn Kofmann.

Die Sache liegt aber anders. Die Saarohlengruben sind Eigentum Frankreichs, und die Bergverwaltung hat ein Interesse daran, daß die sozialen Renten — Pensionen und Unfallrenten — niedrig bleiben. Je geringer die Renten, um so höher der Reingewinn aus den Gruben. — Herr Waugh, der freiwillig aus der Saarregierung ausgetreten ist und einer englischen Regierungskommission gegenüber erklärt hat, „niemals würde sich die englische Arbeiterschaft das gefallen lassen, was die Saararbeiterschaft geduldig erträgt“, hat also berechtigte Gründe gehabt, auf eine Mitarbeit und Mitverantwortung in einer derartigen Regierung zu verzichten.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Die Umgruppierung beim Neunkirchner Eisen-Werk ist nunmehr abgeschlossen. Die Beteiligung der französischen Gruppe ist von 60 Prozent auf 20 Prozent zurückgegangen. Eine internationale Gruppe unter Führung der Amsterdamer Bank-Firma Feixeira de Mattos hat 40 Prozent des französischen Aktienkapitals erworben. Die Firma Gebrüder Stumm behält die restlichen 40 Prozent in Händen. Zu dieser Umgruppierung und Zurückschwung eines Teils des Stummischen Aktienkapitals für das deutsche Kapital ist wohl in erster Linie der Umstand ausschlaggebend gewesen, daß in den letzten Jahren das Neunkirchner Werk große finanzielle Verluste erlitt, die die französische Gruppe um so weniger tragen konnte, als eine ihrer anderen Niederlassungen an der französischen Meeresküste ebenfalls im vergangenen Jahre einen Verlust von 8 Millionen Franken aufzuweisen hatte. Dieser wirtschaftlichen Umgruppierung auf dem Stummischen Eisenwerk kommt selbstverständlich auch eine politische Bedeutung zu, da nunmehr die französische Vorherrschaft in dem bedeutenden Werk an der Blies gebrochen ist. Als Vertreter der holländischen Bank-Firma ist Jakob Schülen, als Vertreter der verbleibenden 20prozentigen französischen Beteiligung G. Lenormand und von der Stumm-Gruppe Dr. von Kühlmann, Baron Stumm-Holzhausen und Dr. W. Kehl in den Aufsichtsrat getreten. Damit hat nicht nur der deutsche Einfluss im Aufsichtsrat, sondern bei der bekannten Beteiligung der Herren von Kühlmann und von Schubert an der Amsterdamer Bankwelt auch auf diesem Wege sich der Einfluss prominenter Deutscher verstärkt.

Soziales.

Im Jahre 1924 waren im Saargebiet vorhanden: 16 795 Bezieher von Reichsinvalidenrente, 1715 Bezieher von Witwen- und 3865 von Waisenrenten. Eine Reichsinvalidenrente einschließlich der leichten Teuerungszulage von 300 Fr. jährlich für jede Invaliden- und Witwenrente beträgt 673,00 Fr. jährlich oder 56,10 Fr. monatlich. Dagegen stellt sich eine Reichsinvalidenrente nach den für das übrige Deutschland geltenden Bestimmungen, selbst wenn man die nach dem 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge bei der Berechnung der Renten außer acht läßt, aber die Aufwertung der alten Beiträge durch das Gesetz vom März 1924 berücksichtigt, auf etwa 290 R.-M. jährlich oder 24,20 R.-M. monatlich, während eine Reichsinvalidenrente bei einer Bewertung des Franken mit 20 Reichspfennigen nur 124,60 R.-M. jährlich oder 11,80 R.-M. monatlich ausmacht. Während der Reichszuschuß zu einer Reichsinvalidenrente im übrigen Deutschland 72,00 R.-M. beträgt, ist er im Saargebiet erst auf 27,00 R.-M. erhöht worden.

Bezieher von Leistungen aus der Angestelltenversicherung sind vorhanden 84 Ruhegeldempfänger, 147 Witwen und 222 Waisen. Die durchschnittliche Rente eines Ruhegehaltsempfängers beträgt jährlich 451 Fr. oder 37,60 Fr., einer Witwe 113 Fr. oder 9,40 Fr. monatlich, einer Waise 17,40 Fr. jährlich oder 1,45 Fr. monatlich. Auf Reichsmark umgerechnet erhält ein Ruhegehaltsempfänger des Saargebietes monatlich 7,50 R.-M., eine Witwe 1,88 R.-M. und eine Waise ganze 29 Reichspfennige. Im übrigen Deutschland beträgt das Mindestruhegehalt, bei dem weder ein Steigerungszah nach den alten Beiträgen, die durch das Märzgesetz von 1924 aufgewertet wurden, noch nach den neuen ab 1. Januar 1924 geleisteten Beiträgen in Frage kommt, 40 R.-M. monatlich.

Kleine Tageschronik.

Deutsche Sprachvereine im Saargebiete.

Seit November 1925 haben sich im Saargebiete fünf Zweigvereine des deutschen Sprachvereins gebildet. Fast gleichzeitig entstanden die zwei ersten in Saarbrücken und in Sulzbach. Der Vorsitzer des ersten ist Professor Lippert, der des zweiten Rektor A. P. Becker zu Sulzbach-Hühnerfeld. Auf dessen Anregung und Werbetätigkeit hin bildeten sich dann neue Zweige in Elversberg-Spiesen, wo Rektor Künzer, in Götzenborn, wo Bergschulhauptlehrer Senzig, und in Bettingen, wo Rektor Minas Vorsitzer ist. Diese Vereine streben dreierlei: sie wollen die Reinheit der Sprache hüten und pflegen und sie nach Möglichkeit von dem welschen Gemenge säubern; sie wollen die Anschaulichkeit und Richtigkeit der Sprache fördern und damit das Verständnis für sie vertiefen; sie wollen endlich durch die Sprachpflege das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen erhalten und, wo es not tut, wenden und dadurch dem deutschen Volkstum und der deutschen Zukunft dienen. Über diese drei Ziele sprach Rektor Becker in seinen Vorträgen bei den Gründungsversammlungen, und er fand jedesmal willige und verständnisvolle Zuhörer. Jedermann weiß, daß es eine erwünschte Tat ist, wenn gerade die Saarländer diesem Werke ihre Hilfe leihen. Die Zahl der Mitglieder der neuen Zweigvereine hat schon die Zahl derer weit überschritten, die sich in vielen deutschen Mittelstädten zum Sprachverein bekennen. Die Gründung weiterer Vereine ist in Aussicht genommen, und es ist zu hoffen, daß in ein bis zwei Jahren kein größerer saarländischer Ort mehr ohne einen Zweig des deutschen Sprachvereins ist. Wer die Zeitschrift des Vereins einige Jahre gelesen hat, der sieht in der Sprache die Dinge mit verklärtem und geläutertem Blick und fühlt sich frohen Herzens als Glied eines Volkes, das eine der vollkommensten und reichsten Sprachen der Erde geschaffen hat.

*

Saarbrücken. Dem Installateur Hans Baum von Fürstenhausen wurde auf eine Erfindung betreffend einen selbsttätigen Senkkageanzeigeapparat für Schiffe aller Art durch das Reichspatentamt unter Nr. 943 132 Gebrauchsmusterschutz erteilt. Der Apparat zeigt Lage, Tiefe und Richtung eines untergegangenen Schiffes genau an, wodurch die schnelle Bergung des Schiffes mittels der von Herrn Baum ebenfalls konstruierten Hebezangen ohne Hilfe von Tauchern möglich ist. — Einen furchtbaren Selbstmord beging dieser Tage der Fabrikarbeiter Meinisch von hier, der am Schmelzofen bei der Firma Ehrhardt u. Schmer beschäftigt war. Beim Mittagessen stürzte er sich plötzlich vor den Augen seiner Kollegen oben in den Einwurf des Ofens in die glühende Masse. An eine Rettung war nicht zu denken, da er in der Gluthitze von 1300 bis 1400 Grad im Nu von den Flammen verzehrt war. Trotzdem der Ofen sogleich gelehrt wurde, konnte man von der Leiche kein Atom mehr sehen. Familienschriften sollen den Mann in den Tod getrieben haben. Er hinterläßt eine Frau, mit der er in Scheidung gelebt hat, und zwei unmündige Kinder.

Sulzbach. Die größere Gemeindevertretung hat auf Vorschlag des Presbyteriums beschlossen, in der Nähe der evangelischen Kirche ein Gemeindehaus zu errichten, das unter anderem zwei Säle umfassen soll. Das Gebäude soll so eingerichtet werden, daß später ein großer Festsaal angebaut werden kann. — Von den im hiesigen Gemeindestierstall untergebrachten Stieren hatte sich einer losgerissen. Als der im Stalle anwesende Stierwärter Schüßler den Stier wieder anbinden wollte, ging dieser auf den Wärter los. Das Tier drückte Sch. mit dem Kopfe gegen die Wand, spießte ihn auf und warf in die Höhe. An den erlittenen Verlebungen ist Schüßler gestorben.

Griesborn. Während sich der Lehrer D. über Ostern besuchweise außerhalb seiner Wohnung befand, drangen in der Nacht zum Ostermontag Einbrecher in diese ein und entwendeten Wertgegenstände, Wäsche, Speisevorräte usw. im Gesamtwerte von etwa 20 000 Franken. Die Täter konnten auf Grund eines Verdachts, der sich durch eine Haussuchung bestätigte, alsbald verhaftet werden.

Groß-Rosseln. Nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung Ludweiler ist der acht Jahre alte Sohn Manfred des Friseurs Johann Pupp in Groß-Rosseln seit dem 1. April spurlos verschwunden. Der Kleine hatte an dem fraglichen Tage Zeitungen ausgetragen und ist von diesem Gang nicht mehr zurückgekehrt.

Saarlouis-Roden. Der älteste Einwohner von Roden, Herr Marx, beginnt am 23. März seinen 83. Geburtstag. Der alte Herr ist noch recht tüchtig und fühlt sich auch gesundheitlich noch wohl.

Personalnachrichten.

Ein 96-jähriger. Am 7. April feierte der zweitälteste Bürger unserer Stadt, Herr August Bergmann, als 96-jähriger seinen Geburtstag. Der alte „Tanzmeister“, als der er den alten Saarbrückern noch bekannt ist, ist im Jahre 1830 geboren. Von seinem Vater Heinrich Bergmann, der als Trompeter der 9. Husaren nach den Befreiungskriegen mit dem Regiment nach Saarbrücken kam, hatte sich das Soldatenblut auf den Sohn übertragen. 1848 stand Bergmann bei den 7. Ulanen, in deren Reihen er längere Jahre diente. 1870 tat er als Landsturmann Dienst bei dem Bahnshuz, weil er zum Frontdienst schon zu alt war. Bekannt ist, daß er sich bei Kriegsausbruch 1914 als 84-jähriger nochmals freiwillig meldete, man konnte natürlich keinen Gebrauch von seinem Anwerben machen. Er hatte noch die seltene Freude, mit seiner mittlerweile gestorbenen Frau, geborene Charlotte Reith, als 91-jähriger die eiserne Hochzeit zu feiern. Der Jubilar befindet sich in verhältnismäßiger Rüttigkeit seit einigen Jahren im Paul-Marien-Stift. Er ist ein Stückchen Saarbrücker Geschichte und die Alten wissen gar manchen Spaß von ihm zu erzählen. Ein großer Kreis von Freunden entbietet ihm an seinem Ehrentage ein herzliches „Glück auf“.

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum. konnte der Ausschir der Chemischen Fabrik in Louisenthal Herr Wilhelm Rausch begehen. Seitens der früheren Inhaber der Firma wurde dem Jubilar eine Dienstaltersprämie von 300 Mark überwiesen.

Auf seine 25-jährige Tätigkeit am Gymnasium Saarbrücken. konnten zu Ostern die Professoren Dr. Scharenbroich, Dr. Knipshahn und Oberlehrer Alger zurückblicken.

In den Ruhestand getreten. ist am 1. April der Betriebsdirektor Peter Dahmen vom Neunkirchener Eisen-Werk. Vom Montage-Ingenieur beginnend war er nacheinander Betriebsingenieur, später Oberingenieur und nach dem Weggang des Direktors Focke Betriebsdirektor über die Werkstätte-, Maschinen- und Bauabteilung. Er war auch Stadtverordneter und Beigeordneter. Der Ziegelei Dirmingen wird Dir. Dahmen auch weiterhin als Direktor angehören.

Von der Schule. Fräulein Oberlehrerin Triet in Dillingen ist nach 39-jähriger Tätigkeit im Schuldienst in den Ruhestand getreten. Als Nachfolgerin in ihr Amt wurde die Schulamtsbewerberin Fräulein Arnau in Dillingen gewählt. — Der Direktor der Sulzbacher Berufsschule Aradot ist unter Ernennung zum Gewerbeschuldirektor nach Saarbrücken versetzt worden. Sein Nachfolger wird Gewerbeoberlehrer Jung aus Ottweiler.

Von der Schule. Fräulein Frieda Jender ist mit den Rektorschäften an dem Mädchensystem der Volksschule in Neunkirchen betraut, der frühere Volksschullehrer Schmitt zum Gewerbelehrer an die Neunkirchener Berufsschule ernannt worden.

An Stelle des nach Mayen versetzten katholischen Pfarrers Thees in Neunkirchen wurde der Pfarrer Eisvogel in Kelberg, Kreis Adenau, berufen. Eisvogel war früher mehrere Jahre Vikar in Münchwies im Kreise Ottweiler.

Seinen 70. Geburtstag feierte am 6. April Rektor Peter Zimmer aus der Pfarrei St. Jacob in Saarbrücken. Rektor Zimmer leitete seit Gründung der Pfarrei vor rund 37 Jahren den Kirchenchor, den er auch heute noch dirigiert.

Eine Ehrung von Veteranen der Arbeit fand auf der Neunkirchener Hütte statt. Mit voller 50-jähriger Dienstzeit wurden ausgezeichnet: Meiss, Friedr. Meister; Schirp, Karl, Plakarbeiter; Karchein, Jakob, Adjutierer; Eichader, Christ.; Scheermann, Sutter, Christ., Maschinenwärter; Stodt, Georg, Walzenfahrer; Harig, Christ., Elekt. Werkst.; Gantner, Peter, Adjutierer; Lehmann, Joh., Kolsanlage; Wilhelm, Ludw., Aufzugsführer. Ebenso berücksichtigt wurden die zwangspensionierten Veteranen mit 49- und 48-jähriger Dienstzeit und zwar: Gündler, Jakob, Meister; Grill, Franz, Maschinenwärter; Rossin, Friedr., Werkstätte 1; Gekels, Heinrich, Hochöfen; Schöck, Heinr., Wächter; Jung, Jakob, Bauhandwerker; Pits, Karl, Maschinenwärter; Strobel, Jak., Sandsformer; Lorig, Math., Anwärter; Barth, Konrad, Lokomotivführer. Von den 20 Jubilaren sind noch fünf in Arbeit. Möge ihnen allen ein ruhiger, sorgenfreier Lebensabend beschieden sein.

Todesfälle. **Saarbrücken:** Ludwig Heugel; Alfonso Martin, 20 Jahre; Direktions-Sekretär Léon Everaert; Eisenbahnfachherr Friedrich Müller, 40 Jahre; Maschinenmeister Jakob Schumann, 58 Jahre; Privatier Franz Walter, 60 Jahre; Michael Edmund Ludwig, 16 Jahre; Justizrat Hermann Adenauer, 74 Jahre; Landesoberinspektor Heinrich Bässle; Adolf Frank, 40 Jahre; Joh. Adam Müller, 81 Jahre; Architekt Ludwig Fleckburg; Fuhrunternehmer Philipp Heinrich Imming, 74 Jahre; Margarethe Thielken, 28 Jahre; Moses Marx, 64 Jahre; Joseph Bläsius, 66 Jahre; Fr. Philipp Spür, 81 Jahre; Karl Vinn, 49 Jahre; Hugo Gerde, 51 Jahre; Heinrich Stopp sen., 68 Jahre; Karl Dittes-Bauer, 24 Jahre; Peter Müller, 59 Jahre; Paul Wiedenhöft; Georg August Peter;

Gärtnerbesitzerin Frau Wwe. Ferdinand Müller, Elise geb. Schiel, 62 Jahre; Frau Wwe. Geh. Sanitätsrat Dr. A. Künzler, Anna geb. Weisdorff, 75 Jahre; Frau Wwe. Gertrud Schröder, geb. Herzel, 75 Jahre; Frau Sultanne Brünn, geb. Bayer, 38 Jahre; Frau Wwe. Josef Wölz, Margarethe geb. Scherer, 70 Jahre; Frau Luise Wölz, geb. Pfirrmann, 68 Jahre; Anna Pulte, geb. Wöhl, 41 Jahre; Walburga Schweizer, geb. Göpfert, 29 Jahre; Charlotte Arens, geb. Schmidt, 82 Jahre; Frau Emma Ernst, geb. Höh, 32 Jahre; Frau Alwine Limbach, geb. Heidrich, 28 Jahre; Frau Maria Wölz, geb. Rau, 71 Jahre; Frau Amanda Podskalsky, geb. Steil, 26 Jahre; Wwe. Michael Roos, geb. Wöhl, 75 Jahre; Frau Wwe. Luise Zimmer, geb. Langenstein, 28 Jahre; Rosa Schröder, geb. Wahl, 46 Jahre; Frau Clara Lyon, geb. Weil, 81 Jahre; Gießerei-Obermeister Ernst Anacker, 45 Jahre; Frau Carl Nordmann, geb. Kaiser, 71 Jahre; Adolf Schub, 34 Jahre; Frau Ludwig Bechtel, Elisabeth geb. Gräber; Heinrich Müller, 81 Jahre; Rosina Jung, geb. Ebelhäuser, 68 Jahre; Frau Karoline Hauck, geb. Korn, 71 Jahre; Montag-Deiter Lorenz Fischer, 70 Jahre; Bauunternehmer Peter Schmidt, 51 Jahre; Fritz Widenmeyer; Hugo Schneider; Hermann Becker, 16 Jahre; Adolf Jacob Deutscher, 77 Jahre; Frau Wwe. Charlotte Kunz, geb. Christmann, 80 Jahre. — Scheidt: Ludwig Blatter, 57 Jahre; Walter Rithausen, 58 Jahre. — Bübingen: Frau Elisabeth Gorges, geb. Reinhart, 38 Jahre. — Güdingen: Frau Ludwig Franz, Katharine geb. Diener, 64 Jahre. — Kleinblittersdorf: Friseur Matthias Höhn, 43 Jahre. — Klarenthal: Frau Thea Weiß, geb. Kneip, 63 Jahre. — Gersweiler: Georg Thiel, 66 Jahre. — Altenfels: Matthias Werth, 84 Jahre. — Böllingen: Metzgermeister Georg Christian Kramer, 81 Jahre; Königl. Eisenbahnkassenvorsteher a. D. Heinrich Faber, 74 Jahre; Ilse Rupp, 17 Jahre. — Hostenbach: Heinrich Rimbach, 72 Jahre. — Geislautern: Peter Gläss, 65 Jahre. — Ueberherrn: Michael Rosch, 78 Jahre. — Neudorf: Wilhelm Pöller, 73 Jahre. — Kamphausen: Heinrich Heinemeyer, 56 Jahre. — Jägersfreude: Matthias Junk, 70 Jahre. — Dudweiler: Bäckermeister Theobald Lorenz, 44 Jahre; Frau Wwe. Margarethe Dregler, geb. Groß, 71 Jahre. — Sulzbach: Frau Karl Schneider, Charlotte geb. Even, 66 Jahre; Wilhelm Ihler, 65 Jahre. — Quierschied: Gastwirt Nikolaus Versch, 61 Jahre. — Wahlschied: Frau Wwe. Katharina Altpeter, geb. Büch, 74 Jahre. — Spiesen: Wwe. Math. Hergert, geb. Gräber, 77 Jahre. — Friedrichsthal: Ludwig Land, 39 Jahre; Philipp Schilling, 56 Jahre; Kurt Schneider, 29 Jahre. — Bildstock: Schreinermeister Georg Rauert, 46 Jahre. — Landsweiler: Frau Rector Engel, Katharina geb. Hangauer; Frau Wwe. Jak. Brenner, Margareta geb. Kurz, 86 Jahre. — Merkweiler: Frau Anna Enderslein, geb. Flegel, 62 Jahre. — Wellesweiler: Jakob Lehmann, 53 Jahre. — Neunkirchen: Albert Simon, 48 Jahre; Frau Wwe. Josef Lautwein, Katharina geb. Jenal, 39 Jahre; Hugo Schmidt, 20 Jahre; Frau Wilhelmine Bieske, geb. Spengler, 39 Jahre; Frau Johann Holzapfel, Emma geb. Stief, 65 Jahre; Jakob Lehmann; Frau Wwe. Peter König, Sophie geb. Gottschalk, 58 Jahre; Michael Schnur; Richard Lenz, 48 Jahre; Johann Dörr, 72 Jahre; Oberleibschaffner a. D. Friedrich Heinrich; Wilhelm Manz, 40 Jahre; Georg Schwender, 37 Jahre; Gustav Gierth; Johann Lunig, 27 Jahre; Frau Wwe. Karoline Kraushaar, geb. Mohr, 60 Jahre. — Wiebelskirchen: Friedr. Hoppstädt, 64 Jahre; Frau Wwe. Jakob Kehler, Katharine geb. Hoffmann, 63 Jahre; Frau Christian Cloh, Dorothea geb. Schmidt, 74 Jahre; Frau Wwe. Jak. Kohler, Wilhelm geb. Schneider, 62 Jahre; August Kirsch, 30 Jahre. — Ottweiler: Salomon Salam, 73 Jahre; Fräulein Katharina Wenzel, 50 Jahre; Zimmermeister und Holzhändler Heinrich Philipp, 65 Jahre; Karl Bischoff, 64 Jahre; Bernhard Wagner, 87 Jahre; Frau Luise Conrad, geb. Luther, 62 Jahre. — Reisweiler: Joseph Wölz. — Bous: Werkmeister a. D. Michael Pötz, 66 Jahre. — Wehden: Käthe Thiriot, geb. Wilms, 40 Jahre. — Bisdorf: Frau Jakob Schmitt, Maria geb. Hart, 49 Jahre. — Fraulautern: Frau Peter Amann, Gertrud geb. Hanus, 71 Jahre; Peter Glaesner, 64 Jahre. — Saarlouis: Frau Wwe. Wilhelm Gottschalk, Susanna geb. Döve, 71 Jahre; Georg Heyne, 74 Jahre; Bauunternehmer Anton Müller, 47 Jahre; Frau Gastwirt Nikolaus Boudier, Barbara geb. Holz, 47 Jahre. — Beaumarais: Frau Michel Höhn, Katharina geb. Ney, 73 Jahre. — Saarwellingen: Wwe. Lehrer Johann Kretten, Maria Kunigunde geb. Heit, 84 Jahre. — Mettlach: Hotelbesitzer Karl Schröder, 49 Jahre; Peter Lieblang, 73 Jahre. — Schnappach: Frau Wwe. Heinrich Hippchen, Elisabeth geb. Molter, 67 Jahre. — Bliestkastel: Frau Aenne Kieser, geb. Weigand, 50 Jahre. — Sönn: Oberlehrer Karl Moschel, 43 Jahre. — Sötern: Siegfried Sönder, 43 Jahre. — Marpisch: Ernst Knaußer, 43 Jahre. — Altenlang: Obersteiger a. D. Peter Altpeter, 77 Jahre. Frau Wwe. Redakteur T. Vogel, geb. Ruh, starb im Alter von 89 Jahren; sie war eine stadtbekannte

und beliebte Persönlichkeit, deren im Jahre 1893 verstorbener Ehemann, Redakteur Th. Vogel, über 30 Jahre Schriftleiter der „Saarbrücker Zeitung“ gewesen ist. Unter den Besitzern dieser Zeitung Frik und Karl Hoser hat er an der Entwicklung der Firma Gebr. Hoser und der Ausgestaltung und Verbreitung der „Saarbrücker Zeitung“ teilgenommen und sich große Verdienste erworben. Seine jetzt verstorbene Witwe ist eine erste „älteste Saarbrückerin“ gewesen. Die Ausweitung ihres einzigen Sohnes, des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin, am 8. April 1919 ist für die hochbetagte Frau ein harter Schicksalschlag gewesen, den sie sieben Jahre lang tragen mußte. Sie ruhe in Frieden!

Vom „Bund der Saar-Vereine“

§ Der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine ist eine Einladung der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier, Ortsgruppe „Berlin-Osten“, zu dem am Sonnabend, den 24. April 1926, abends 8 Uhr, im „Saalbau Friedrichshain“, Großer Saal, Am Friedrichshain 16—23, stattfindenden 6. Stiftungsfest zugegangen. Da mit dieser Veranstaltung eine große Protestkundgebung gegen die Unterdrückung des Deutschtums in den uns widerrechtlich genommenen Gebieten, gegen die Ausweisungen und gegen die Gewaltmaßnahmen der Polen in Oberschlesien verbunden ist, bitten wir die Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, sich an dieser Kundgebung recht zahlreich beteiligen zu wollen.

§ Der „Saarverein“, Ortsgruppe Stettin, e. V., hielt am 12. März d. Js in Anwesenheit von 12 Mitgliedern seine 10. und am 9. April in Gegenwart von 17 Mitgliedern und 3 Gästen die 11. ordentliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Schillerloge“ zu Stettin ab. In der leichterwöhnten Versammlung hatte die Ortsgruppe die große Freude, nach langer Zeit wieder einmal Herrn Verwaltungsdirektor Vogel von der Geschäftsstelle zu Berlin bei sich begrüßen zu können. Weiter war u. a. als Guest anwesend Herr L. Pastor Jüngst aus Stettin, ein Verwandter des in Saarbrücken ansässigen, weitesten Kreisen bekannten Geistlichen gleichen Namens. Nach Begrüßung der Erschienenen machte der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Siegner, Mitteilung von dem Ergebnisse der Verhandlungen mit der Berliner Funkstunde, die inzwischen in einem Rundfunkvortrage des Herrn Chefredakteurs Posselt in Berlin die Stettiner Bevölkerung mit den Zuständen im Saargebiete weiterhin bekannt gemacht hat. Einem Antrage der Ortsgruppe auf Benennung einer Stettiner Straße als „Saarstraße“ ist inzwischen durch die Bezeichnung einer solchen als „Saarlandstraße“ seitens der Stadtverwaltung entsprochen worden; es wird versucht werden, eine Umbenennung der neuen „Saarlandstraße“ in „Saarstraße“ oder „Saaer-Landstraße“ zu erreichen. Durch die Aufnahme von 8 neuen Mitgliedern hat die Ortsgruppe eine weitere Stärkung erfahren. Nachdem seitens der Versammlung eine notwendige Sachungsänderung einstimmig beschlossen worden war, hielt Verwaltungsdirektor Vogel, der nicht verschämt, der Ortsgruppe Stettin für ihr erfolgreiches Wirken hohe Anerkennung auszusprechen, einen außerordentlich fesselnden Vortrag über seine Erlebnisse im heutigen Saarbrücken und die daselbst in letzter Zeit gewonnenen Eindrücke. Die Versammlung trennte sich erst in später Stunde. Die Ortsgruppe tagt an jedem zweiten Freitag des Monats in der „Schillerloge“, Schillerstraße. Außerdem findet am ersten Samstag jeden Monats ein Abendschoppen im Restaurant „Franziskaner“ zu Stettin statt.

§ Ortsgruppe Bochum des Bundes der Saarvereine. Am 6. 3. 1926 hielt die Ortsgruppe Bochum ihre Generalversammlung ab. Die reichhaltige Tagesordnung, die u. a. die Neuwahl des Vorstandes vorsah, wechselte sich programmatisch ab. Der geschäftsführende Vorstand wurde mit Stimmenmehr- bzw. -einheit wieder gewählt, sodass der gesamte Vorstand sich nunmehr aus folgenden Personen zusammensetzt: I. Vorsitzender: Herr Klemmer, II. Vorsitzender: Herr Dr. Lohr, Geschäftsführer: Herr Reich, Kassierer: Herr Stalter, Beisitzer: Herr Rau, Herr Wolf, Herr Held, Herr Hummel, Herr Kruschels, Frau Karls. Das jetzige Vereinslokal: „Großstadtlage“, Alleestraße soll für das kommende Jahr beibehalten werden. Stammtische sind eingerichtet bei den Landsleuten: Strauß, Hättingerstraße und Kollenberg, Bergstraße 65, deren Besuch den Landsleuten ans Herz gelegt wird. Als Versammlungstag kommt in den Sommermonaten der erste Samstag im Monat, in den Wintermonaten der erste Sonntag im Monat in Betracht. Durch Lichtbilder-Vorträge sowie sonstige Vorträge und Veranstaltungen verschiedener Art soll aufklärend gewirkt werden. Dem geschäftlichen Teil der Versammlung schloss sich der gemütliche an, wobei die während der Versammlung etwas erregten Gemüter Gelegenheit zur Abkühlung hatten. Die nächste Versammlung findet am 25. 4. 1926, nachmittags 4 Uhr statt.

Bücherbesprechung.

„Reichsbanktheorie und Wirtschaftsverfall“ nennt sich eine Broschüre im Verlage der Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken 3, Rathausplatz 5, erschienene Broschüre von Dr. oec. publ. Hermann Savelkouls. Preis 6 Franken oder 1 RM. Das Büchlein greift in knapper, scharfer Form die bisherige Politik der Reichsbank und der Großbanken an. Zuerst werden auf Grund der allgemeinen Krisenlehren die theoretischen Grundlagen der Reichsbankpolitik entwickelt. Der Verfasser beschuldigt die Reichsbank, daß sie schon hier gegen ihre feierlich verkündeten Ziele gearbeitet hat, daß sie die Inflation schafft, die Senkung der Preise verhindert, die Wirtschaft verachtet, große Schuld trägt an dem heutigen Elend. Eine Anzahl beliebter neuer wirtschaftspolitischer Theorien und Schlagworte wird zerstört. Weiterhin werden die Gefahren der Bankherrschaft gezeigt, auf die Kehrseite der Amerikanisierungsforderungen hingewiesen, das Versagen der Wirtschaftsführer geprüft. Der schwer bedrohte industrielle Mittelstand wird warm verteidigt. Ein eigenes Kapitel ist der Wuchermentalität gewidmet. Nach dem Vorschlag einer neuen „Aufsichtung“ schlägt der Verfasser mit einer Ausschau auf die Entwicklung der nächsten Zeit, die er für hoffnungslos hält, wenn wir nicht aufhören, irgendwelches wirtschaftliche Geschehen als schicksalbestimmt anzunehmen. „Es gibt keine Wirtschaftsgesetze, die der Mensch nicht dehnen, biegen, ja zerbrechen kann.“ Das kleine Werk ist immer flott, manchmal wuchtig geschrieben und ein wertvoller Beitrag zur Kritik der Reichsbankpolitik.

„Das Saarknappschatzgesetz“, so nennt sich eine im Verlage der Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G., Saarbrücken 3, Rathausplatz 5, in Vorbereitung befindende Broschüre, Preis 1 RM.

Das nach dem Vertrag von Versailles weiterhin für das Saargebiet in Kraft gebliebene Preuß. Knappschatzgesetz vom 17. Juli 1912 wurde durch eine Verordnung der Regierungskommission für das Saargebiet vom 16. September 1925 wesentlich abgeändert, sein Geltungsbereich auf das ganze Saargebiet ausgedehnt und der Titel 7 des Bayerischen Berggesetzes, der für

den Bayerischen Teil des Saargebietes die Rechtsgrundlage für die knappschäfliche Versicherung abgab, aufgehoben. Durch eine weitere Verordnung wurden die für den Saarbergbau bestehenden Knappschatzvereine zu einem Saarknappschatzverein zusammengefaßt, dessen Organisation etwa der des R. K. B. (Reichsknappschatzverein) entspricht. Da aber nach dem Inkrafttreten des R. K. G. (Reichsknappschatzgesetzes) vom 23. 7. 23 alle landesgesetzlichen Bestimmungen über das Knappschatzwesen aufgehoben, aber im Saargebiet weiterhin beibehalten und später abgeändert wurden, ist die für das Saargebiet geltende gesetzliche Materie sehr unübersichtlich geworden. Um diesem allseits empfundenen Uebelstande abzuholzen, hat der unterzeichnete Verlag sämtliche für das Saargebiet geltenden gesetzlichen Vorschriften, einschließlich der Knappschatzkriegsgesetze und den zwischen den Saarknappschatzvereinen und dem R. K. B. getroffenen Vereinbarungen in einer Broschüre zusammengefaßt, deren Zusammenstellung in sachmännisch berufener Weise durch das M. d. V. Karlsruhe, Mitglied des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle Saar-Verein, Saarbrücken-Hannover erfolgt ist. Der Verlag bittet Vorbestellungen möglichst umgehend aufzugeben zu wollen.

Ein Werk, welches sich die Erhaltung deutscher Kultur an der Saar, an der Ruhr und am Rhein als hohes Ziel gestellt hat, ist das soeben schon in dritter, vermehrter Auflage im Verlage von Franz Bahnen in Berlin W 9, Linkstraße 16, erschienene Werk „Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein. Auf Grund authentischer Dokumente von Erich-Hans Kaden und Max Springer.“ (Preis gebunden 4 Mark).

Briefkasten.

Von 2. in S. M. 2,50 mit bestem Dank erhalten.

Von 3. in G. Mf. 6.— mit bestem Dank erhalten.

Der Beamtenbund

Zeitschrift des Beamtenbundes des Saargebietes.

Mit der Herausgabe der Zeitschrift hat der Beamtenbund des Saargebietes einen lange gehegten Wunsch seiner Mitglieder entsprochen. Auch wir begrüßen die Herausgabe der Zeitschrift: kann man sich doch schon aus den bisher erschienenen Nummern ein Bild von der intensiven Tätigkeit des Beamtenbundes des Saargebietes machen. Wir können den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine, besonders aber den Beamten, die früher im Saargebiet tätig waren, den Bezug der Zeitschrift nur empfehlen.

Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

„Elsaß-Lothringische Mitteilungen“

Illustrierte Wochenschrift / 8. Jahrgang

Organ des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringen im Reich

Behandlung der Kriegs-, Verdrängungs- u. Liquidations-Schäden, Vertriebenenfragen, Fürsorge, Steuer- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die Zeitschrift informiert über Politik, Geschichte, Volks- und Heimatkunde, Theater, Literatur, Kunst, Kunstgewerbe, Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft Elsaß-Lotringens / Romane, Novellen, Erzählungen, Reiseschilderungen, Sagen in Hochdeutsch u. Dialekt

Postbezug vierteljährlich (13 Nummern) . . . RM. 2,40
Kreuzbandbezug RM. 2,80

Probehefte und Bestellungen an „Els.-Lothr. Hilfsbund-Verlag G.m.b.H.“ Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 27.

INGENIEUR

arbeitsfreudig (Saarländer), 29 Jahre alt, Absolvent der Maschinenbauschule Bingen (Examen als Masch. und Eisenhochbauing.), 4 jähr. prakt. Tätigkeit auf der Grube Heinrich. Kriegszeit bei Eisenbahntruppen 5½ Jahre als Konstrukteur und Statiker bei ersten Firmen, sucht, da abgebaut, bis spätestens zum 1. Juni Stellung.

Eilangebote an

Fritz Blümer, Düsseldorf,
Oberbilkerallee 303 III.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königgräßer Straße 94^u, zum Preise von 1.— Mf. zu beziehen.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimathilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postleitungspreisliste S 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zuführung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Königgräßer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hohenheide 1243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse 0, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Meuter, Berlin. Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königgräßer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.